

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 273.

Donnerstag, den 21. November 1912.

19. Jahrg.

## Krieg dem Kriege!

Eine tollkühne, wahnwitzige, verbrecherische Politik rüstet zum Kriege!

Eure Söhne sollen in den Tod gejagt werden, Milliarden Geldes sollen verpulvert werden, Hungersnot und Arbeitslosigkeit sollen heraufbeschworen werden: warum?

Damit ein selbständiges Fürstentum Albanien begründet werde und damit die Serben keinen Hafen am Adriatischen Meere erhalten, um ihr Vieh und sonstige Landesprodukte auszuführen zu können!

Wünsche, die uns nichts angehen, Forderungen, die keiner einzigen in Deutschland lebenden Schicht zugute kommen, sollen mit den Schrecken eines entsetzlichen Massenmordes erzwungen werden!

Um nichts und wieder nichts will man eure Söhne zum Kanonenfutter machen!

Dagegen muß laut, leidenschaftlich, erbittert Einspruch erhoben werden!

Kommt am Sonntag ins Gewerkschaftshaus, wo Reichstagsabg. Schöpflin spricht, um zu zeigen, daß Ihr so wenig wie eure Brüder in Österreich, in Italien, in England, in Rußland, in Frankreich diesen Krieg wollt!

Ruft den Machthabern mit der Donnerstimme des Massenchors zu:

### Zum Gehorsam könnt Ihr unsere Söhne zwingen, aber nicht zur Begeisterung!

Fordert, daß der Reichstag, falls die Regierung den Wünschen der Kriegsheger Folge leistet,

### keinen Pfennig zum Kriegführen

bewilligt!

Hierzu eine Beilage.

### Wahlen und politische Parteien in China.

Die Neugestaltung des Reiches der Mitte fällt in eine undankbare und unaufmerksame Zeit. Europa ist von dem Balkankrieg derart in Anspruch genommen, daß es kein sonderlich großes Interesse für das politische Werden der chinesischen Republik an den Tag legt. Diese Teilnahmslosigkeit an der Gestaltung des Freistaates, der ein Viertel des ganzen Menschengeschlechts birgt, ist zwar zu begreifen, aber vom politischen Standpunkt sehr zu bedauern. Der Untergang des höchsten und ältesten Teils der politischen Welt Asiens wurde von Europa mit geziemendem Interesse und gehörender Aufmerksamkeit verfolgt, aber die Aufzucht und der Ausbau Jungchinas wird von ihm ziemlich gleichgültig und teilnahmslos hingesehen. In aller Stille sind die Vorbereitungen für die ersten allgemeinen Wahlen vor sich gegangen, und in Kürze wird der ehemalige Despotenstaat sein erstes Parlament beisammen sehen.

Durch die Wahlen, die jetzt beginnen, sind 600 Abgeordnete und 274 Senatoren zu bestimmen. Die letzteren werden von den Provinzparlamenten, die anderen von den Bürgern gewählt, die über 21 Jahre alt sind, mindestens zwei Jahre in einem Wahlkreis ansässig sind und entweder 4 Mark direkte Steuern entrichten oder Eigentum im Werte von 1000 Mark besitzen und eine Primärbildung nachweisen. Die Wahlen sind indirekt. Die Provinzen sind in Wahlkreise und diese in Urwahlbezirke eingeteilt. Die Urwahlbezirke erwählen fünfzigmal mehr Wahlmänner, als Abgeordnete zu wählen sind. Wer mindestens ein Drittel der Urwahlstimmen auf sich vereinigt, ist zum Wahlmann bestimmt. Die Abstimmungen der Wahlmänner finden am Wohnort des Wahlkreiskommissars statt. Jedes Wahlmännerkollegium hat soviel Abgeordnete zu erwählen, als einem Kreis kraft der Stimmenzahl zukommt. Um als Abgeordneter gewählt zu werden, ist mindestens die Hälfte der Stimmenzahl notwendig, die sich durch Teilung der Mandatzahl des Kreises in die Summe der Wahlmännerstimmen ergibt. Der Wahlgang wird so oft wiederholt, bis alle Mandate vergeben sind. Für jeden Abgeordneten wird auch ein Ersatzmann mit einfacher Mehrheit erwählt. In der Mongolei, in Tibet und in Turkestan werden die Abgeordneten direkt und mit einfacher Majorität erkoren.

Drei Parteien werden um die Mandate ringen. Im Vordergrund des politischen Lebens der jungen Republik steht die radikal-sozialistische Partei. Es wird nicht sein, dem Objekt „radikal-sozialistisch“ im besten Falle nur die französische, aber nicht die deutsche Bedeutung beizulegen. Ihre Programmforderungen vertreten eher die Gesinnung des mäßigen Reformers. In der Hauptsache verlangt sie: Politische Vereinheitlichung Chinas, Entwicklung des Handels und der Industrie im sozialen Sinne, und Erhaltung des internationalen Friedens.

Im Interesse der Erreichung der politischen Vereinheitlichung Chinas hat die radikal-sozialistische Partei, die nicht will, daß fremde Mächte von ihren parteipolitischen Spaltungen profitieren, sich mit der aus Liberalen gebildeten Mittelpartei verjähmolen. Das so entstandene Gebilde trägt den Namen „Nationale Partei“. Diese wird voraussichtlich die Mehrheit im neuen Parlament stellen. Sie verfolgt die Vertreibung des Handels und der Industrie in einer der Gesellschaft und nicht den Privatinteressen vorteilhaften Weise, sie will, daß die ungeheuren Naturkräfte des Landes von Staats wegen mit Hilfe ausländischen Kapitals und fremder Fachleute ausgebeutet werden. Das Haupt der „Nationalen Partei“, Sunyatsien, entwirft zurzeit im Auftrage des Präsidenten Quanshikai die Pläne für ein das ganze Reich umfassendes Eisenbahnnetz.

Die zweite, oder eigentlich, die dritte Partei ist die „Bereinigung der Republikaner“. Es sind dies zumeist ehemalige Beamte der verjagten Mandschudynastie. Während sich die „Nationale Partei“ in der Hauptsache auf die energische, politisch lebhafteste Bevölkerung der relativ wohlhabenden Provinzen des Südens stützt, findet diese Partei, die konservative oder Nord-Partei ihren Anhang unter der etwas schwerfälligen und verarmten Einwohnerschaft einiger nördlicher Provinzen, vor allem in Chihli. Seit der Verschmelzung der beiden fortschrittlichen Richtungen hat die Nordpartei an Bedeutung eingebüßt. Sie wird im kommenden Parlament die Minorität darstellen, wenn auch ihr politischer Einfluß größer sein wird, als ihre zahlenmäßige Stärke rechtfertigt. Dies, weil sie in ihren Reihen viele intelligente Politiker und Verwaltungsbeamte mit langer Erfahrung und Routine hat. Sie rekrutiert sich aus einer Oberschicht von Gebildeten alten Schlages und Besitzenden der nördlichen Gebiete, die „Nationale Partei“ wird getragen von der breiten Volksmasse und geführt von der im Auslande geschulten Intelligenz.

Wenn die Wahlen vorüber sind, wird sicher auch ein neues Kabinett gebildet. Das gegenwärtige ist politisch farblos mit einem konservativen Einschlag, es stützt sich auf keine Partei und wird der Forderung nach einer Parteiregierung weichen müssen. Wahrscheinlich werden einige der jetzigen Minister mit in die neue Regierung übergehen, aber sie wird in der Mehrzahl aus fortschrittlicheren Elementen zusammengesetzt sein. Die Möglichkeit, daß aus diesem nicht ganz unradikalen Wechsel der Republik Schwierigkeiten entstehen könnten, existiert nicht. Denn wer sollte die Existenz des neuen Regimes bedrohen? Die Mandchus? Dieser degenerierte, aus ein paar Tausend Köpfen bestehende Flügel ist machtlos, solange er nicht einen Teil des Volkes findet, der für ihn streitet. Uebrigens scheint er sich bei der Verzehrung der reichlichen Staatsrente glücklicher zu fühlen, als bei dem konstanten Geldmangel unter dem früheren, total verfaulten Regime. Die Befürchtung, daß Quanshikai oder ein anderer konservativer nach der Diktatur strebe, verflüchtigt sich allmählich. Der Versuch, eine Diktatur zu schaffen, würde sicher einen Aufstand des Südens bringen, eine Aussicht, die geeignet ist, etwaige Strebergelüste zu ersticken. Jedenfalls droht der Republik von innen keine Gefahr. Man wünscht nur, daß sie von den fremden Mächten allein ungeschoren bleibt, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. China erträgt die kühle Zurückhaltung der fremden Diplomatie mit apatischer Ergebenheit. Es be-

schränkt sich darauf, sein „Gesicht zu wahren“, da sicher ist, daß, wenn es erst die größten Schwierigkeiten überwunden hat, die kapitalistischen Staaten von selbst kommen werden, um teilzuhaben an der wirtschaftlichen Entwicklung oder Ausbeutung des riesigen Landes. Uebrigens wird nächstens die französische Regierung über die Gründe der Nichtanerkennung der chinesischen Republik interpelliert und aufgefordert werden, sie zu beschleunigen. Die Stellung einer derartigen Forderung in deutschen Reichstags tagen würde auch nicht ganz unzweckmäßig sein.

### Frieden in Sicht.

Nunmehr sind die Verhandlungen der Balkanstaaten soweit gediehen, daß die Friedensverhandlungen demnächst eingeleitet werden können. Nach dem Einvernehmen mit den verbündeten Kabinetten verständigte die bulgarische Regierung die Pforte, daß sie Bevollmächtigte designiert habe, um mit dem türkischen Generalkommissar die Bedingungen des Waffenstillstandes festzustellen und dann zum Schluß des Friedens zu schreiten. Hoffentlich schreiten diese Verhandlungen rüstig vorwärts.

Die Türken wollen auf der Tschataldscha-Linie wieder Erfolge erzielen und die Bulgaren auf der ganzen Front zurückgeschlagen haben. Aber auch die Bulgaren haben in der Gegend von Verkos erfolgreich gekämpft, wie aus folgender äußerst vorsichtig abgefaßter Depesche aus Konstantinopel hervorgeht: Hier geht das Gerücht, daß der linke Flügel der Bulgaren einen kleinen Vorteil in der Gegend von Verkos errungen habe, da die türkischen Truppen infolge des Sturmes auf dem Schwarzen Meer von der türkischen Flotte nicht unterstützt werden konnten.

Ähnlich wird gemeldet: Serbische und montenegrinische Truppen haben gestern Alessio besetzt.

Der griechische Truppenkommandant Zahos telegraphiert, daß er, nachdem sein Korps auf der Halbinsel Kassandra gelandet sei, die türkischen Behörden verjagt und die griechische Flagge in zwölf Dörfern der Halbinsel gehißt habe. Die Begeisterung der Einwohner sei groß. Für den König, den Kronprinzen, den Ministerpräsidenten Venizelos und die griechische Nation sei ein Lebeum abgehalten worden. Die jenseits der Halbinsel gelegenen Städte Polygiros und Lavdos und deren Umgegend seien ebenfalls besetzt worden.

Dienstag sind die Bedingungen der Verbündeten für den Waffenstillstand dem Großwesir Kiamil Pascha telegraphisch mitgeteilt worden. Sie lauten:

„Die Pforte verpflichtet sich, keine neuen Truppen zusammenzuziehen. Die türkischen Truppen räumen die Tschataldscha-Linie und die Festung Adrianopel, ferner Dibra, Janina und Skutari in irgend einer Form.“

Man gab der Pforte ferner zu verstehen, daß ihr Konstantinopel mit einem Teile der europäischen Türkei bis zur Linie Midia (Schwarzes Meer-Rodos-Marmarameer) verbleibt.

Nach Meldungen von kompetenter Stelle dürfte der Waffenstillstand, falls die Türkei die Bedingungen des Balkanbundes annimmt, demnächst unterzeichnet werden.

den und zwar seitens der Delegierten der Balkanstaaten einerseits und dem türkischen Generalissimo andererseits. Im bulgarischen Hauptquartier befinden sich höhere serbische und griechische Offiziere, die dazu bevollmächtigt werden sollen. Falls die Türkei die Bedingungen annehme, würden auch die Operationen sofort eingestellt und die frühere Absicht eines Einzuges in Konstantinopel aufgegeben werden.

In der ungarischen Delegation erklärte Graf Berchtold: Unsere Absicht ist es, mit Serbien auf allen Gebieten ein freundliches Verhältnis zu haben. Wir hoffen, daß die Haltung des serbischen Königreichs die Verwirklichung unserer Absichten möglich machen wird. Was die Schritte anlangt, die zu tun wir genötigt waren, um mit den Organen unserer auswärtigen Vertretung frei in Beratung zu treten, so erwarten wir, daß dieser auf dem Völkerrechte basierende Wunsch sobald als möglich günstig erledigt werden wird.

Die „Rölnische Zeitung“ erfährt zu den Darlegungen des Grafen Berchtold in einem Telegramm aus Berlin, Rußland habe in Belgrad deutlich erklärt, daß es die serbische Forderung nach einer Aufteilung Albaniens nicht vertreten werde; auch England werde dies nicht zulassen. Überhaupt sei unter den Großmächten keine, die die Aufteilung Albaniens wünsche. Außerdem werde die österreichisch-ungarische Auffassung der Abriastage in Belgrad durch die Dreibundgenossen unterstützt. — So einfach wie die Geschichte hier hingestellt wird, ist sie in Wirklichkeit nicht; die Situation gestaltet sich vielmehr sehr ernst, wie aus folgenden Zeilen der „Neuen Freien Presse“ hervorgeht: Die Stimmung ist dem Frieden sehr schädlich. Der Friede ruht nun gewissermaßen auf des Messers Schneide. Der Dreibund und die Entente-Mächte mügen helfen, ehe es zu spät ist. Besonders wichtig für die Gestaltung der Entscheidung ist die Frage, ob Serbien mit seinen Wünschen bei Bulgarien Unterstützung findet.

Einen beachtenswerten Artikel veröffentlicht die in London erscheinende „Times“: Das Blatt fragt mit Recht, welchem Zweck die Fortsetzung des Blutergießens dienen solle, da die Verbündeten das Ziel des Krieges erreicht hätten. Es warnt Bulgarien auch vor einer vorübergehenden Besetzung Konstantinopels, die ihm keinen Nutzen, vielleicht aber nicht wieder gutzumachenden Schaden bringen würde. Bulgarien dürfe vielleicht nicht auf eine weitere Unterführung Europas rechnen, wenn die Feindseligkeiten unnötig verlängert würden, um ehrgeizige Pläne zu verfolgen, die das richtige Maß überschritten. In derselben Lage, fährt die „Times“ fort, befindet sich Serbien. Wir fürchten, daß die Anerkennung seiner Siege diesmal von erheblichen Vorbehalten begleitet sein könnte. Es herrscht das Gefühl vor und es ist leider nicht grundlos, daß die Serben ihre Erfolge nicht gut vertragen können. Wir wünschen, daß sie die Siege mit dem Geiste bescheidenen Schweigens aufnehmen, wie die Bulgaren. Man muß da aber ihre natürliche Eigenheit berücksichtigen. Aber die Geduld Europas ist nicht unerlässlich. Die Gerechtigkeit der serbischen Ansprüche ist in verschiedener Hinsicht auch von dem nächsten Nachbar anerkannt worden. Diese Ansprüche werden nicht gelehrt, wenn sie in herausfordernder Weise und in einem ausgesprochen ungeeigneten Momente vorgebracht werden. Die Nationen Europas sind bereit, den serbischen Ansprüchen jede gerechtfertigte Berücksichtigung angedeihen zu lassen, wenn der rechte Augenblick gekommen ist. Aber sie sind nicht willens, sich in einen Krieg verwickeln zu lassen. Namentlich England wird sich nicht wegen des lokalen Streites, der bei dem Friedensschluß leicht beizulegen ist, in einen Konflikt hineinziehen lassen.

Der österreichisch-ungarische Konsul Prochaska soll sich wohl auf befinden.

## Politische Rundschau

### Deutschland.

#### Das Versäuerungsgezet für Angestellte

tritt am 1. Januar 1913 voll in Kraft. Eine Anzahl Bestimmungen sind schon im Kraft getreten, es stand auch fest, daß das ganze Gesetz vom kommenden Jahre ab wirksam sein soll. Jetzt aber hat der „Reichsanz.“ amtlich die Mitteilung von der Inkraftsetzung mit dem 1. Januar 1913 gebracht.

#### Reaktionäre Sezession.

Der Kauten-Partei läßt es sich nicht nehmen, die Demonstrationen gegen den Krieg zum Anlaß unerschämter Hetzereien gegen die Sozialdemokratie zu nehmen. In einer Neuzugung er. Scheidemann zu denunziieren: unter der letzten Heberschrift „Scheidemann als Hochverräter“ bringt die „Deutsche Tageszeitung“ ein Telegramm aus Paris, in dem es heißt:

„Wie der „Antagonist“ meldet, erging sich der deutsche Sozialdemokrat Scheidemann in heftigen Ausfällen gegen die deutsche Regierung und erklärte unter ähnlichen Umständen, daß in einem deutschen französischen Kriege die im deutschen Heere lebenden Sozialdemokraten auf ihre französischen Brüder nicht hören werden.“

Die Meldung hat sich die „Deutsche Tageszeitung“ oder ihre Berichtsmänner aus den Jüngern gelogen. Unsere deutsche Parteipresse hat ausführlichen Bericht von zuverlässiger Seite über die Rede des Genossen Scheidemann. Darin ist kein Wort über die Eventualität eines deutsch-französischen Krieges überhaupt enthalten.

Auf derselben Höhe, wie diese Fälschung, steht ein anderer längerer Artikel über die Berliner Friedendemonstration. Denunziationen der Redner sind hier nicht gut möglich, daß sie jeder Dettel die Polizisten anhängen, daß sie sich bei Gelegenheiten für die inolge der Demonstration entgangene Sonntagsruhe durch Bratolitäten gegen die Arbeitermassen schuldig halten. Antize-Darstellung:

„Nur die Beamten, die nachmittags einen Spaziergang machen, werden durch die Reaktionen-organen mit langer Zeit für ein Jahr bitten, wohl-

verdienten Sonntag gebracht. Unsere gesamte Berliner Schutzmannschaft muß, weil es den sozialdemokratischen Drohziehern gefällt, alle zwei oder drei Wochen am Sonntag Probemobilmanöver abzuhalten, dann jedesmal auf ihre Sonntagsruhe verzichten, weil sie im Interesse der friedlichen Bürgerheit auf alle Fälle zur Hand sein muß, wenn die staatsfeindliche Umsturzpartei die Massen in großen Versammlungen aufbebt. . . Sollte aber einmal die Erbitterung, die unter der Schutzmannschaft durch diese fortwährende Sonntags-Beraubung geradezu gegen die Sozialdemokratie genährt werden muß, sich einmal in stärkerem Maße äußern, dann muß der bestdisziplinierte Schutzmann ist eben nur ein Mensch — so darf das schließlich niemanden wundernehmen!“

Der Wink mit dem Scheunentor ist nicht mißzuverstehen; es entspricht auch ganz der ethischen Auffassung Dertels, daß unbequeme Gefinnungen mit dem Polizeisäbel, mit dem Knüttel oder der Faust bekämpft werden müssen. Aber um seine Logik ist es schlecht bestellt: die Sozialdemokratie braucht die Schutzleute durchaus nicht, wünscht ihnen vielmehr, daß sie nicht nur ihre volle Sonntagsruhe, sondern auch sonst ausreichend Ruhe genießen dürfen, die Sozialdemokratie wie das gesamte Volk befindet sich immer wohler, wenn die Schutzmannschaft möglichst weit vom Plage bleibt und der Ruhe pflegt. Wenn die Schutzleute zum Massenaufgebot und unter die Arbeiter geholt werden, dann sollen sie sich für diese Beraubung ihrer Ruhe bei den Scharfmachern wie bei allen Leuten vom Schläge Dertels bedanken.

#### Hanjabund und Landtagswahlen.

Die Ortsgruppenvorstände des Hanjabundes haben in einer am Sonnabend in Berlin stattgefundenen Sitzung zu den preußischen Landtagswahlen folgende Resolution beschlossen:

„Die Ortsgruppenversammlung verlangt gemäß den Richtlinien des Hanjabundes vom 11. Juni 1912, daß seitens der dem Hanjabund nahestehenden Abgeordneten des preußischen Landtages mit aller Energie darauf hingewirkt wird, daß das Wahlrecht für die zweite preußische Kammer den modernen Erfordernissen der direkten und geheimen Wahl entsprechend reformiert wird, und zwar besonders mit Rücksicht auf die kleingewerblichen Kreise und das Handwerk, welche unter allen Umständen bei der Stimmabgabe vor jedem unberechtigten Druck zu schützen sind. Die Ortsgruppenversammlung bittet ferner dahin wirken zu wollen, daß auch den im Hanjabund vereinigten Erwerbsgruppen unbeschadet des dem Landesherrn zustehenden Ernennungsrechts ein gesetzliches Recht auf Sitz und Stimme im preußischen Herrenhause eingeräumt werde.“

Der Hanjabund fordert also nur die geheime und direkte Wahl, an dem Klassenwahlrecht hat er nichts auszusetzen.

#### Zu der Landtagswahl in Stuttgart-Stadt

wird noch gemeldet: Das Ergebnis der Stuttgarter Proporzwahl hat an der Verteilung der Mandate nichts am jetzigen Zustand geändert. Es erhielten Mandate: Sozialdemokraten 3, Nationalliberale, Fortschrittler und Konservative je 1. Durch seine Listenverbindung hat das Zentrum den Konservativen das Mandat gesichert. Jeder Wähler hat, da 6 Abgeordnete zu wählen sind, 6 Stimmen; es wurden abgegeben 297 941 Stimmen. Davon erhielten: Sozialdemokraten 139 204 (117 000), Fortschrittler 38 659 (36 000), Nationalliberale 72 471 (59 000), Konservative 29 094 (16 000), Zentrum 18 513 (14 000). Die eingekammerten Zahlen beziehen sich auf die vorige Wahl. — Gewählt sind die Genossen Dr. Lindemann 35 880, Engelhardt 24 674, Weismeyer 23 477. — ferner erhielten Stimmen die Genossen Manz 19 214, Schimmel 17 991 und Oster 17 968. Die gewählten Bürgerlichen sind Gauß (Volkspartei), Baumann (Natlib.) und Hiller (Kons.). — Insgesamt haben nun Mandate: Sozialdemokratie 10, Volkspartei 7, Nationalliberale 4, Konservative 11, Zentrum 19. Es besteht demnach die Gefahr einer schwarz-blauen Mehrheit.

#### Wir schwimmen im Golde.

Eine offiziöse Korrespondenz meldet offenbar aus dem Reichsschatzamt, daß die tatsächlichen Einnahmen aus den Zöllen im laufenden Etatsjahr die Etatsanschätzung übersteigen haben, abson der erste Etatsanfang durch den Nachtragsetat um 11 1/2 Millionen Mark gesteigert wurde. In den ersten sieben Monaten haben die Zölle eine Einnahme von 422 Mill. Mk. erbracht oder im Monatsdurchschnitt 60,3 während der Etatsdurchschnitt sich auf 58,3 Mill. Mk. beläuft. Im Monat hat also durchschnittlich die tatsächliche Einnahme die geschätzte um 2 Millionen Mark höher übersteigen. — Die Zölleinnahmen der preußisch-preussischen Staatsbahnen haben im Monat Oktober 1912 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 2 Millionen Mark = 3,67 v. H., im Güterverkehr 9,9 Millionen Mark = 7,12 v. H., insgesamt einschließlich einer Mehreinnahme aus sonstigen Quellen 13,7 Mill. Mark = 6,71 v. H. mehr betragen.

#### Amerika und das deutsche Petroleummonopol.

Die Regierung läßt offiziös durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau verkünden, daß nach einer Meldung aus Washington Beamte des Staatsdepartements erklärt haben sollen, die Vereinigten Staaten beabsichtigen keineswegs einen Zöllekrieg oder andere Maßnahmen gegen Deutschland, um die Gesetzesvorlage über das Petroleummonopol zu hindern. Auch die „New Yorker Staatszeitung“ meldet aus Washington eine Erklärung des stellvertretenden Staatssekretärs S. Wilson, daß diplomatische Verhandlungen in der Frage der deutschen Petroleumvorlage nicht zu erwarten seien.

#### Interpellation über die Gewerkschafts-Engpässe des Papstes.

Die evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiete haben sich an den national-liberalen Reichstagsabgeordneten Hedemann gewandt mit der Bitte, durch die nationalliberale Partei eine Interpellation über die Gewerkschafts-Engpässe des Papstes im Reichstage zu veranlassen. Die Führer der evangelischen Gewerkschaften sind der Ansicht, daß der Kontinent der Engpässe durch den Kardinal von Kopp

erst vor ihre Veröffentlichung der preußischen Regierung unterbreitet worden sei und deren Zustimmung gefunden habe.

#### Die Konservativen bleiben Antisemiten.

In der letzten Sitzung des erweiterten Vorstandes der konservativen Partei wurde, entgegen verschiedenen Anträgen, beschlossen, an dem Passus des Livoli-Programms vom Jahre 1892, der die Bekämpfung des „vielfach sich vordringenden und zersetzenden jüdischen Einflusses auf unser Volkleben“ fordert, festzuhalten.

#### England.

Die Munizipalwahlen. Der „Labour Leader“ veröffentlicht auf Grund der gesamten Ergebnisse der englischen und schottischen Munizipalwahlen eine Uebersicht der Gewinne und Verluste der Arbeiterpartei und der sozialistischen Kandidaten. Danach haben insgesamt 581 Vertreter der Arbeiterpartei und sozialistischen Organisationen kandidiert, wovon 158 gewählt worden sind. Gewonnen wurden 63 Mandate, verloren 21, sodaß ein Reingewinn von 42 Mandaten zu verzeichnen ist.

Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die Erfolge folgendermaßen:

Die J. L. P. hat 289 Kandidaten aufgestellt, wovon 111 gewählt wurden. Gewinne 44, Verluste 6; Reingewinn 38 Mandate.

Als „Arbeitervertreter“ waren 167 Kandidaten aufgestellt, wovon 37 gewählt wurden. Gewinne 14, Verluste 13; Reingewinn 1 Mandat.

Die S. D. P. stellte 87 Kandidaten auf, wovon 7 gewählt wurden. Gewinne 2, Verluste 1; Reingewinn 1 Mandat.

Als „unabhängige“ Sozialisten kandidierten 38 Personen, wovon 3 gewählt wurden. Gewinn 3, Verlust 1; Reingewinn 2 Mandate.

In vier Städten wurden Kandidaten der J. L. P. und der Arbeiterpartei zu Bürgermeisterern gewählt und zwar in South Shields, Neath, Doncaster und Swansea.

Bei den vorjährigen Munizipalwahlen wurden folgende Reingewinne erzielt: J. L. P. und Arbeiterpartei 70; S. D. P. 1 und „unabhängige Sozialisten“ 3.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 21. November.

Die Lübecker Bürgerchaft tritt am Montag, dem 25. November, abends 6 Uhr, zu einer Sitzung zusammen, in der folgende Tagesordnung zu erledigen ist: 1. Umwandlung zweier Stellen für seminarisch gebildete Lehrkräfte an der Enektinenschule in solche für akademisch gebildete. 2. Nachbewilligung auf die Ausgaben der Oberstudienbehörde im Rechnungsjahr 1911. 3. Herstellung einer Unterführung der Katharinenstraße für die Viehtrift. 4. Gewährung einer Pension an den verstorbenen Oberarzt Dr. Hoffstaetter. 5. Erhöhung des Kostgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses und Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Oberärzte. 6. Einbau eines zweiten Verbrennungsofens im Krematorium. 7. Erlaß von Nachträgen zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dezember 1899 und zur Verordnungs vom 27. Mai 1872, die Veräußerungsabgabe betreffend. 8. Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1911. 9. Beseitigung der Sielablagernngen in den Häfen bei der Stadt. 10. Abänderung des Bauungsplans für die Vorstadt St. Lorenz-Süd. Besprechung der Rückäußerung des Senates vom 12. Oktober 1912 zu den Beschlüssen der Bürgerchaft zum Nachtragsentwurf zu dem Gesetze vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus.

Buhtag. Das Volk ist jüdig; sehr jüdig sogar; und deshalb ist es die Pflicht der Leute, die sich selbst zu seinen Hirten berufen fühlen, ihm Gelegenheit zu geben, Buße zu tun. Darum setze schon in grauer Vorzeit die Priesterchaft der Römer und Juden Tage fest, an denen sich die Gläubigen der weltlichen Arbeit enthalten und ihr Gewissen reinigen sollten. Dabei machten die Tempel durchaus kein schlechtes Geschäft; denn abgesehen davon, daß den frommen Seelen das Gehirn mit Weihrauch umnebelt wurde und manche liebe Seele, die sich an einen solchen düstern Festtag in das geheimnisvolle Dunkel der Tempel flüchtete, stets im geistigen Banne seiner Diener blieb, brachte diese Einrichtung auch Geld, klingende Münze in Gestalt von Opfergaben der Bußfertigen. Bald hatten jüdigte Priester auch die „göttliche Wahrheit“ entdeckt, daß die Last der Sünden mit der Größe des Opfers schwände. Wer viel zahlte, kaufte sich von allen Sünden los und konnte geradewegs in den Himmel fahren Leute, die den Beutel nicht aufstun konnten, mußten sich dieses zweifelhafte Vergnügen schon verkneifen.

Bald begriff auch der Staat, daß mit einem solchen Buhtage gute Geschäfte zu machen seien. Kirche und Staatsgewalt haben einen großen Nutzen davon, wenn sie über Menschen herrschen, die nicht persönlich, sondern auch geistig unterworfen sind. Darum wurde den gerissenen Priestern die größte Förderung zuteil. Und als es am Ende des Mittelalters auch in den Köpfen der Gläubigen zu dümmern begann, als die Kirchen leer blieben und die Opfergaben spärlicher fließen, da nahm der Staat die Seelenrettung in die eigene Hand und verordnete Buß- und Betttage für seine jüdigen und verstockten Bürger.

Das Volk hat seinen staatlich befohlenen Buhtag. Es muß nun feiern, die Arbeit ruhen lassen, den Verdienst mißen. Ob den Arbeiter bei seinem geschmalerten Wochenlohn eine besonders bußfertige Stimmung anwandelt, kann man bezweifeln. Zudem kommt noch, daß der weitaus größte Teil des wertigsten Volkes von allen fröhlichen Dingen nichts wissen will. Sie haben die Nichtigkeit, den Eigennutz, die Herrschsucht der herrschenden Gesellschaft längst durchschaut, und verzichten dankend darauf, mit so fehlerbehafteten Menschen später einmal in einem Himmel zu sein. Aber der Staat und die Kirche dürfen nicht dulden, daß die Gleichgültigkeit ungehindert weiter um sich greift. Darum wird der Buhtag befohlen und das Volk gewissermaßen in die Kirche kommandiert.

Ob das auf die Dauer wirkt? Überlebtes läßt sich kaum für immer erhalten. Auch die Befehle einer hohen Obrigkeit werden, ebensovienig wie die sehr unchristlichen Füghe der geängstigten Priester, nicht imstande sein, die verstreuten Schäflein in den Stall und zur Schere zurückzutreiben. Mögen die Buße tun, die gesündigt haben. Das Volk aber ist rein, dabei mühselig und geknechtet. Wenn es einen Himmel gibt, dann kommt die gedrückte Menschheit sicher hinein, auch ohne Buhtag. Die Volksbedrücker aber, ob geknechtet oder geknechten, ob im Grad oder in Uniform, sie kommen nicht hinein, sie bleiben sicher draußen.

b. Schöffengericht. Nachdem ein junger Bummelant wegen Diebstahls von einem Paar Stiefel zwei Wochen Gefängnis erhalten, ein anderer wegen Hehlerei dieselbe Strafe

erleben muß und zwei fremde Arbeiter auf 8 und 6 Wochen Lübeds Haft und Zwang freiwillingig in Anspruch zu nehmen gezwungen wurden, kam eine Hundegeschichte zur Entscheidung. Es handelt sich um einen Hund eigener Art — nein, um ganz genau zu berichten — um eine Hündin, die die Ursache zu einer Literatur, also einer Hundeliteratur auf dem Polizeiamt abgab. In der Badeanstalt lagen für den Wächter E., der an Stelle seines Hundes angefangen war, wertvolle Sachen; da tat ein guter Wächter not. Das war der Hund. Doch statt nur laut anzuschlagen, den Unkommenenden zu warnen und dann in allmählich auslaufendem Knurren sich wieder zu kuscheln, entpuppte sich das Vieh als wirklicher Cerberus — als ein Höllenhund. Er heulte stundenlang in die Nacht hinaus, klagte Mond und Sterne seine Einsamkeit und störte die Nachtruhe der Schläfer, deren Wohnungen 400—500 Meter entfernt lagen. Und das schon ein Jahr lang. So entstanden die Beschwerden der Bekannten, die sogenannte Hundeliteratur oder besser gesagt die Literatur über den Hund. Um den bissigen Köter zur Reize zu bringen, wurden seinem Herrn 5 Mark Strafe auferlegt, vielleicht hatte die hohe Polizei die Meinung, der Herr werde dem Vieh die Strafe am Futter vergelten. Sie hätte damit nicht zum erstenmal die gegenteilige Wirkung erzielt, denn wenn beim Menschen schon der leere Magen knurrt, ein Hundsvieh beruhigte sich mit einem leeren Wanst erst recht nicht. Er spezialisierte weiter. Nun gehts ihm aber an den Krügen. Der Wächter gab die Versicherung, einen besseren, wohlzugeneneren Wächter anzuschaffen, möchte jedoch zuvor die 5 Mark polizeiliche Strafverfügung aus der Welt genommen haben — denn der Hund hat ja gebellt und nicht der Badeanstaltspächter. Mit diesem Einspruch wird E. aber abgewiesen, weil es im juristischen Sinne gleich ist, ob einer — schreie oder einen anderen schreien lasse. Die Tage des Hundes sind also gezählt. — Eine Maurersfrau H. sollte sich des Betruges schuldig gemacht haben. Sie renommierte in einer Krämerlei mit besonderen Ersparnissen herum und damit, daß sie nicht nötig habe, wie andere Leute, Möbel auf Möbel zu kaufen. Durch diese Redensarten versuchte sie Kredit beim Krämer zu bekommen. Das gelang ihr auch bis zum Betrage von etwas über 30 Mark. Als der Krämer endlich sein Geld haben wollte und zudem noch erfuhr, daß die „beste Stube“ Eigentum eines andern sei, erstattete er Anzeige wegen Betruges. Diese Absicht konnte der Frau nicht nachgewiesen werden, sodas der Staatsanwalt selbst Freisprechung beantragte. Das Gericht machte diesen Antrag zu dem seinen. — Ein überreizter Straßenbahnschaffner zitierte drei Arbeiter vor Gericht, die sich auf der Moislinger Straße an ihm vergriffen haben sollten. Ein junger Mann war vom Schaffner D. angefaßt worden, weil er unanständige Lieder sang. Dann entspann sich ein Streit zwischen drei Arbeitern, von denen einer vom Wagen gestiegen wurde. Der Schaffner packte den einen sofort bei der Gurgel, weil man auf jener Straße „nicht blöde sein dürfe“. Bei dieser Gelegenheit gabs gegenseitig einige Siebe, auch sollen die Worte gefallen sein: Blaue Hunde, laßt euch in den Verband aufnehmen, dann habt ihr etwas zu freisen. Doch kann in der Verhandlung keiner der Zeugen bestimmt beklunden, wer gerufen oder geschlagen hat. Ein Schaffner zeigt vor Gericht seine Furcht durch stetes Betonen, daß auf der Straße „Zivilisten“ gestanden hätten, und daß er einem Unbekannten ein paar „in die Fresse“ geschlagen habe, nachdem dieser ihm mit dem Stöckel eins gelangt hätte. Schaffner D. bekundet ferner auf Anfrage, er halte sich vollkommen für berechtigt, unbekannte Leute gegen ihren Willen solange auf dem Perron festzuhalten, bis ein Schußmann komme. Der Staatsanwalt beantragte selbst Freisprechung, und das Gericht schloß sich diesem Antrage an, lehnte jedoch ab, auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, weil die Angeklagten A., B. und Sch. der Tat stark verdächtig seien; sie könne ihnen nur nicht nachgewiesen werden. Der Verteidiger stellte diesen Antrag, weil die unbestimmte Anzeige nahezu den Schutz des Publikums in Zweifel ziehe. — Ein Chauffeur muß 20 Mk. bezahlen, weil er wegen zu schneller Fahrten einen Zusammenstoß mit der Elektrischen verursachte, wodurch 70 Mark Schaden entstanden sind.

b. Ist Tippen (Dreierart) Glücksspiel? Über diese Frage hatte am Dienstag das Schöffengericht zu entscheiden. Von einem Beschwoer war der Gastwirt L. angeklagt worden, das gewerbsmäßige Glücksspiel geduldet, sich also gegen den § 285 St. G. B. vergangen zu haben. Die Anzeige wurde aus Raube erstattet, weil der Zeuge B. im Dezember 1909 dem Wirte 40 Mark zurückzahlen mußte, die er von ihm geliehen, diese aber am selben Abend verpielt, gewonnen und wieder verpielt hatte. Der Zeuge behauptet, an dem betreffenden Abend habe der Einsatz zuerst 15, dann 30 oder gar 60 Pfg. betragen, im „Po“ hätten 20 und 25 Mk. gelegen. Wein, sogar eine Glasche Sekt sei aus dem „Po“ bezahlt worden. Einen bestimmten Prozentsatz habe man für Getränke ausgezahlt. Alle anderen Zeugen bestreiten, jemals mehr als 50 Pfg. bis 1,50 Mk. verloren oder gewonnen zu haben; sie hätten auch mehr Stat und „Gettmul“ gespielt als getippt. Dies bildete erst den Schluß des Spiels. Wie dieses gehandhabt wurde, am Gerichtstisch gezeigt, auch zum „Gettmul“ wurden die Karten aufgelegt. Der Sachverständige erklärte, daß die hier in Frage kommende Spielart — wie sie die Zeugen erklärten — die schwächste Form darstelle. Durch raffinierte Bestimmungen, nach denen beim Auflegen Mitspielzwang besteht, könne die Regel verschärft werden. So aber hätte ja bei schlechten Karten keiner zu spielen brauchen, nur der Geber habe seinen Einsatz gewagt. Allerdings sei es unwahrscheinlich, mit dem geringen Einsatz solche Summen in den „Po“ zu bekommen. Eine vielfach geübte Sitte des Kartenspiels war auch nicht Mode. — Weiter sagt der Sachverständige aus, daß das Tippen im allgemeinen nicht als Glücksspiel angesehen werde. Wenn Anzeige erstattet worden sei, hätte man die Wirte gewarnt. Früher habe man öffentlich getippt, erst seitdem verschiedene Gerichtsurteile (auch ein Lübeder) das Tippen für ein Glücksspiel angesehen hätten, gehe man in denjenigen Fällen mit Anzeige vor, wo Abzwang herrsche. Die Hamburger Instruktion für Kriminalschlichter fordere ebenfalls nur im letzteren Falle ein Einschreiten, so handle man auch hier. Der Staatsanwalt beantragte wegen Duldung gewerbsmäßigen Glücksspiels 50 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautet auf 20 Mark. Es sei ganz zweifellos, daß Dreierart im weiteren Sinne ein Glücksspiel sei, denn Gewinn und Verlust hänge im wesentlichen vom Zufall ab. Legt man dem Spiel das Einkommen von ganz kleinen Leuten zugrunde, dann handle es sich immerhin um nicht unwesentliche Vermögensvorteile. 5 Mark in der Kasse, wie verschiedene Zeugen bekundet hätten, sei schon von Bedeutung. Solche Glücksspiele dürften in öffentlichen Lokalen nicht geduldet werden.

b. Von Berlin zurück. Vor einigen Wochen wurde der Kellnerlehrling R. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Wertbriefe mit insgesamt 1800 Mark unterschlagen hatte und damit in Begleitung seines Bruders, der Kaufmannslehrling ist, und eines weiteren Komplizen, einem Schriftsetzerlehrling H. die Reichshauptstadt aufsuchte. Am Dienstag waren nun auch diese beiden Herren vor dem hiesigen Schöffengericht erschienen, nachdem sie auf Staatskosten nach Lübed transportiert worden waren. In der Kleinstadt waren nämlich die Moneten alle, und der Wirt „Zu den vier Jahreszeiten“ nicht damit einverstanden, daß für die Zeche von etwa 10 Mark ein Browning-Revolver verabsolgt

wurde. Hier in Lübed kauften sie nämlich drei dieser Dinger, gute Qualität für 100 Mark. Der Leipziger Hotelwirt ließ die Herren verhaften. Im allgemeinen sind sie gefällig; nach der Beurteilung des jüngeren Bruders liegt ein Grund zum Leugnen auch nicht mehr vor. Herauszuheben aus den Berliner Erlebnissen wäre noch, daß die beiden den jüngeren R. in der Friedrichstraße scharf im Auge behielten, weil er stets verjuchte, hintenherzhumpeln. Dadurch wurde das Angstgefühl genährt, der Kellnerlehrling würde im passiven Augenblick das Weite suchen und dann wars um den Tausendmarktschein geschehen. Der angehende Jünger Gutenbergs nahm ihn deshalb über Nacht in Verwahrung und nach langen Wägen wurde der eigentliche Dieb auch auserselben, den Schein wechseln zu lassen. Von Berlin wurde erst noch ein Absteher nach Dresden gemacht. In Leipzig war dann, wie gesagt, das Fest zu Ende. Der ältere R. erhält 10 Monate und drei Tage Gefängnis. Er war der Anstifter, der seinem Bruder den verhängnisvollen Rat gegeben hatte, nachdem er auf die beiden Sparkassenbücher 500 Mark erhoben und das Geld mit andern des Sonntags in Lübed verjubelt hatte. Der Schriftsetzerlehrling erhält 4 Monate 3 Tage Gefängnis; ihm wird auch die bedingte Begnadigung in Aussicht gestellt, während sie beim Anstifter zum Diebstahl nicht in Erwägung gezogen ward. Die Mutter der beiden netten Fräulein, eine arme Wäscherin, erbat auch beim älteren diese Wohltat.

Einem schönen Erfolg hatten unsere Genossen von Trems-Borwerk bei einer am Mittwoch vorgenommenen Hausagitation. Es gelang ihnen, in kurzer Zeit zwanzig Neuaufnahmen für die Partei zu machen. Genossen des übrigen Landgebiets: Nacht's nach!

Einem Lieberabend veranstaltete der Arbeiterbildungsverein heute abend im Gewerkschaftshaus. Elsa Colman-Berlin, eine Künstlerin, die überall große Erfolge erzielte, hat ihre Mitwirkung zugesagt. Sie wird Lieber zur Laute singen und sichert sich im Sturm die Gunst der Hörer erobern, da sie eine Meisterin auf dem von ihr kultivierten Gebiete ist. Außerdem wird der Gesangsverein „Eintracht“ eine Anzahl der schönsten Volkslieder zum Vortrag bringen. Hoffentlich wird der Lieberabend zahlreich besucht. Der Eintrittspreis beträgt nur 25 Pfg. pro Person.

pb. Wer ist der Täter. In der Zeit vom Sonnabend, dem 16., abends, bis Montag, dem 18., morgens, ist auf der Ballhalbinsel aus einem Perjennig, welcher auf einem dort stehenden Wagen lag, ein etwa ein Quadratmeter großes Stück Leinen herausgeschnitten worden. Der Eigentümer des Perjennigs hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung ausgesetzt.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am Dienstag, dem 19. d. M., ist von dem Hausflur eines Hauses in der Georgstraße ein Fahrrad mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 9676 gestohlen.

pb. Eine geschlachtete Kuh gestohlen. Am 19. d. M. ist aus der Rinderhalschalle des hiesigen Schlachthofes eine ausgeschlachtete, bereits in zwei Hälften geteilte Kuh abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Verschwundenes Boot. Beim Travenpavillon ist seit dem 19. d. M. ein weiß gefirbtes, zirka 3 Meter langes Beiboat abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf beiden Enden des Bootes befinden sich eiserne Haken, in dem Boot befindet sich ein Schild der Seevereinigungsgenossenschaft, auf welchem die Tragfähigkeit angegeben ist.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Als 3. Volksvorstellung zum Einzelpreis von 50 Pfg. und 10 Pfg. für Garderobe wird diesmal am Sonntag Schönberr's „Glaube und Heimath“ gegeben werden. Die Verlosung der Plätze findet wie gewöhnlich am Freitag und Sonnabend in der Zeit von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse, Beckergasse, statt. Zum Abend ist Niens's musikalisches Schauspiel „Der Evangelinmann“ neu einstudiert worden. Es ist kein Werk außer etwa „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“ und „Die Flucht“, das mit seinem ersten Erscheinen so schnell und sicher und mit so viel herzlicher Anerkennung ins Volk gedrungen wäre, als wie Niens's „Evangelinmann“. Sein Hauptreiz liegt nicht zum wenigsten in der ungeheuren großen Natürlichkeit und Volkstümlichkeit der dramatischen Handlung, der sich die Musik meisterhaft in allen Teilen anpaßt.

Schwartan. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariates findet morgen — Freitag — von 5 bis 8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, „Transval“, statt.

Schwartan. Mit den Stadtratswahlen, die hier am kommenden Dienstag stattfinden, beschäftigte sich vorgestern eine Volksversammlung im „Gasthof Transval“. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Gemeindevahlen erläuterte Genosse Stelling-Lübed. Seine Ausführungen klangen aus in der Mahnung, daß jeder Wähler rechtzeitig zur Wahl gehe und für dieselbe eine rege Propaganda betreibe, damit wir diesen Kampf in Ehren bestehen. Nach Nominierung der Kandidaten behandelte Genosse Stelling die Vorgänge am Balkan und begründete folgende Resolution: „Die am 19. November 1912 in Schwartan tagende Volksversammlung erhebt mit aller Entschiedenheit Protest gegen den verbrecherischen Versuch, das deutsche Volk in den Balkankrieg hineinzuziehen. Sie spricht wiederholt ihren tiefsten Abscheu gegen den Krieg aus und erklärt in voller Übereinstimmung mit der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft in Deutschland wie in den beteiligten außerdeutschen Ländern, daß das Proletariat keine Lust hat, sein Blut für die Pläne ehrgeiziger und herrschsüchtiger Cliquen zu opfern. Die Versammelten geloben, mit voller Kraft die Propaganda gegen den Krieg zu betreiben und für Erhaltung des Friedens zu wirken.“ — Diese Entschließung fand einstimmige Annahme. Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Giese fand die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Neusefeld. In letzter Stunde findet hier selbst am Freitagabend bei Süße eine Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Schlomer-Lübed die am Sonnabend stattfindende Gemeinderatswahl erörtern wird. Es ist Pflicht aller Genossen, für einen regen Besuch Sorge zu tragen. — Achtung, Parteigenossen! Von Seiten der Gegner wird zur Gemeinderatswahl eine intensive Hausagitation betrieben, in der über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderats unzutreffende Behauptungen aufgestellt und die Wähler gruselig gemacht werden. Es ist unbedingt erforderlich, daß jeder Genosse die wenigen Tage bis zur Wahl zur regen Kleinagitation ausnützt. Insbesondere muß darauf hingewirkt werden, daß von unserer Seite auch der letzte Mann zur Wahl geht. Eine fehlende Stimme kann uns unter Umständen eine Niederlage bereiten. Also auf zur Agitation, damit unser am Sonnabend der Sieg wird!

Seeretz. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung fand hier gestern abend im Lokale des Herrn Emil Cordts statt. In eingehender Weise behandelte Genosse Stelling-Lübed die Vorgänge am Balkan und das Bestreben gewisser Kreise, auch Deutschland in kriegerische Verwickelungen hineinzuziehen. Die in Schwartan angenommene Resolution fand auch hier einstimmige Annahme. Sodann besprach der Referent die bevorstehenden Gemeinderatswahlen, auf den Ernst der Situation hinweisend. Ge-

nosse Schwarz forderte zur regen Propaganda für die Gemeinderatswahlen auf und schloß dann die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gutin. Zu den Gemeinderatswahlen, die am Sonnabend stattfinden, findet am Freitagabend 8 Uhr bei Paul Schröder eine Volksversammlung statt. Jeder Einwohner, dem daran liegt, daß die Arbeiterschaft auch hier vermehrten Einfluß im Stadtparlament erhält, muß in dieser Versammlung erscheinen. Außerdem soll morgen abend Stellung genommen werden zu dem Balkankrieg und seinen Folgen. Auch dieser Punkt erfordert schon ein vollzähliges Erscheinen.

Malchin. Der mecklenburgische Landtag macht gegenwärtig in Steuerreform. Der Landtag wird gebildet aus zwei „Ständen“: der Ritterschaft (Gutsbesitzer) und der Landschaft (die Bürgermeister); er hält seine Sitzungen hinter verschlossenen Türen ab. Man erfährt jetzt, daß die beiden Stände, von dessen Mitgliedern auch nicht eines durch das Vertrauen der Bevölkerung zum Landtagsherrn wurde, sich über die Steuerreform so gut wie einig sind. Es soll eine Einkommensteuer sowie eine Ergänzung-(Kapital-) Steuer eingeführt werden. Die Junker benutzen nun auch diese Gelegenheit wieder, sich eine Liebesgabe zu verschaffen. Systematisch sorgen sie dafür, daß Abgaben, die an dem Grund und Boden haften (Reallast), ihnen abgenommen und der Allgemeinheit aufgeladen werden. So haben sie es jetzt durchgesetzt, daß bei der neuen Ergänzung-(Kapital-) Steuer in Anrechnung gebracht werden kann, was seit zweihundert Jahren als feststehende unabänderliche Last von den Gütern getragen wird, nämlich eine Abgabe von 77 Mark pro Hufe. Diese Reallast haben die Junker jetzt von ihrem Grundbesitz abgewälzt auf die allgemeine Steuerkasse! Sorgen die Junker solcher Art für ihr eigenes Portemonnaie, so gingen sie desto rücksichtsloser gegen die ärmere Bevölkerung vor. In Preußen bleiben Einkommen bis zu 900 Mark steuerfrei. Die mecklenburgischen Junker aber legen jetzt auf ihrem Landtage durch, daß für Mecklenburg als steuerfreies Einkommen 400 Mark für Personen ohne eigenen Herd und 500 Mark für Personen, die einen eigenen Herd haben, festgesetzt wurden. Gleichzeitig aber beschloß der Junkerlandtag zur Schonung der Reichen, daß die Einkommensteuer nicht — wie die Regierung vorgeschlagen hatte — bis auf 5 % steigen soll, sondern daß mit 4 % die höchste Steigerung erreicht sein soll! Mit durchsichtigem Zweck wollten die Junker auch durchsetzen, daß zur Einschätzung der landwirtschaftlichen Gebäude eine Kommission aus agrarischen Berufsgenossen berufen werden müsse. Weil ihnen, wie vorhin gesagt, die Vorteile schiefelweise zugemessen wurden, beizanden die Junker aber nicht weiter auf dieser Forderung, denn sie hofften auf den „gesunden Geist“ der zu schaffenden Einschätzungskommission, die natürlich genügendes Verständnis für das „praktische Leben“ haben wird. Auch diese Dinge beweisen wieder, wie groß das finanzielle Interesse der Junker an dem Fortbestand der mecklenburgischen Verfassungsmacht ist!

Rön. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vor Rön am Dienstag nachmittag. Das Automobil des praktischen Arztes Dr. Saehn aus Heiligenhafen fuhr, von Kiel kommend, bei einer Wegstimmung gegen einen Baum. In dem Automobil befanden sich außer dem Chauffeur Dr. Saehn mit Frau und zwei Kindern. Frau Dr. Saehn war sofort tot. Der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen, eines der Kinder einen Armbruch. Die übrigen Verletzten blieben unverletzt. Das Automobil ist schwer beschädigt.

Wismar. Sozialdemokratischer Wahlsieg. Am ersten Tage der Stadtverordnetenwahlen unterlagen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien denen der Sozialdemokraten mit 509 und 867 Stimmen. Während auf die sozialdemokratischen Kandidaten 1958 und 1945 Stimmen entfielen, erhielten die Kandidaten der bürgerlichen Parteien nur 1447 und 1578 Stimmen. Bravo!

### Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Jarin“, Schauspiel in 3 Akten von Melchior Lengyel. Das ist doch starker Tabak! meinte am Dienstag abend ein ständiger Theaterbesucher, als er den ersten Akt der „Jarin“ genossen hatte. Vermutlich wird sein Urteil auch nach den beiden folgenden Akten ähnlich gelautet haben, denn die hielten nur, was der erste versprach. Aber Ursache zu sittlicher Entrüstung gibt das ganze Schauspiel kaum, wenn auch die Jarin, die seinen Mittelpunkt bildet, einen stattlichen Mannerverbrauch aufzuweisen hat und am Ende des Stückes gerade mit einem neuen Liebhaber ihr Schlafzimmer aufzusuchen gedenkt, der sicherlich nicht der letzte sein wird. Literarische Bedeutung hat das Schauspiel nicht; es ist auch nicht so geschickt gemacht wie Lengyel's „Lafun“, der hier vor zwei Jahren erfolgreich gegeben wurde. Nichtsdestoweniger ist die „Jarin“ bühnenwirksam und enthält auch einige effektvolle Szenen.

Wie die Geschichte meldet, zierten den russischen Thron wiederholt Kaiserinnen, die gerade auf die Liebe einen geeigneten Appetit hatten. Besonders Katharina II. suchte bezüglich der Zahl ihrer Liebhaber einen Rekord aufzustellen. Vielleicht ist diese Katharina die „Geldin“ von Lengyel's Schauspiel. Wenn wir sie kennen lernen, hat die Jarin gerade acht Tage auf den Liebesgenuß verzichtet. Da kommt vom südlichen Kriegsschauplatz der Leutnant Alexei Gerni, um der Kaiserin Meldung von einer Adelsverschönerung zu machen. Sie hört und steht ihn und bald ist er, der schon in Anni Jaskiloff eine lebenswürdige Braut besitzt, der Corene der brünstigen Jarin. Während letztere den Mann nur zur Bekriedigung ihres Sinnentzuges braucht, will Alexei auch teilnehmen an der Herrschaft. Doch davon will die Jarin nichts wissen. Sie will auch nicht, daß Alexei sich seiner Anni wieder nähert, sondern verlangt ihn für sich allein. Diesen Zustand kann Alexei nicht mehr ertragen. Er nimmt selbst Teil an einer Verschönerung gegen die Jarin. Der Plan wird entdeckt und die Verschönerer werden festgenommen. Der Kanzler, ein geriebener Höfling und Verwandter von Alexei, weiß aber die Sache so zu drehen, daß die Verschönerer begnadigt werden, Alexei und Anni sich vereintigen und die Jarin einen neuen Liebhaber erhält. Das ist in kurzen Worten die Handlung.

Gespült wurde am Dienstag recht gut. Fr. Pfliegl, die zunächst reichlich gefürstelt und näselnd sprach, wußte im Verlaufe des Abends die herrschsüchtige Kaiserin und das brünstige Weib sehr temperamentvoll und wirksam zu verködern. Herr Nowak skizzierte den verschämigten Kanzler mit feinen charakteristischen Zügen aus. Herr Sob gab den Alexei mit der nötigen militärischen Finesse. Eine Gestalt voller Anmut und Lieblichkeit war die Anni des Fr. Wulfke. Herr Beron, französischer Gesandter, hätte noch besser gefallen, wenn er etwas weniger süßlich gewesen wäre. Die sehr hübsch inszenierte Vorstellung fand lebhaften Beifall. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.

**Großartig glänzendes  
Fussbodenöl**

bei **Ferd. Kayser,**  
4981) Breite Strasse 81.

4597 **Hasenfelle**  
Kamin, Fuchs, Warden, Stits usw.  
**Pferdehaare**  
Wägen, Stuchweißhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
**J. L. Würzburg, Wahnstr. 22 a.**

**Johannes Holst**  
Kohlmarkt 6, Markt 6.  
**Bettfedern und Daunen**  
Pfd. 48, 95, 1.25, 1.60, 1.85,  
2.20, 2.85, 3.50, 4.00, 5.25.  
**Federdicke Inletts**  
Meter 70, 1.25, 1.38, 1.68, 1.95  
4067) 2.10, 2.45, 3.00.

**Ad. Hübner,** Uhren- u. Goldwarenen-  
handlg. u. Reparatur-  
werkstatt. (104) **Fünfhausen 13.**

**Cocosa**  
feinste  
**Pflanzen-Butter**  
MARGARINE

Unübertroffen bestes  
Butter-Ersatzmittel der Gegenwart.  
Wohlschmeckend nahrhaft und be-  
kömmlisch. — Ueberall erhältlich.  
Alleinige Fabrikanten: Holl.  
Margarine-Werke Jurgens  
& Prinzen, G. m. b. H.,  
Goch (Rhd.)

**Visiten-Karten** empfiehlt die **Friedr. Meyer & Co.**  
Buchdruckerei von

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
**Lübeck Otto Albers** 10  
Markt 4  
sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20—6.45  
Maurerhosen . . . 2.60—6.75  
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25  
Häberhosen . . . 1.08—2.35  
Zwinnhosen . . . 1.68—3.25

leimene Jacken, schräge u. gerade,  
1.28, Kragen, Gendern, Schlachter-  
jacken, Friseurjacken, Mäntel  
erstklassig billig. Mägen von 30  
Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Luebam.**

**Zigarren**  
100 Stück 4<sup>20</sup> 4<sup>50</sup> 4<sup>70</sup> Mk.  
**Carl Wittfoot,**  
47-41 18 Huxstraße 18.

**Emilie Boy,**  
Königstr. 61.  
Fernspr. 1811. Markthallenst. 46.  
Jeden Freitag verkauf auf dem  
Brotlingplatz (Sollentor): frische  
Seeische aller Art, feinste Fisch-  
carbonade, Pfund 40 Pf.  
Pflaumenkuchen wieder vorrätig.  
100 Stück 80 Pf. (510f)

**Gustav Jäde, Lübeck** Holstenstraße 1  
Fernsprech. 761  
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung,  
Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen,  
Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche,  
Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf-  
u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche,  
Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe,  
Handschuhe, Schlüpe etc.

**ussteuer-Artikel.**

**Praktischer Wegweiser**

Erscheint einmal wöchentlich • **Geschäfte** • Zur Beachtung empfohlen

**Kenner bevorzugen**  
**das gute Lübecker**  
**Bürgerbräu**  
**Aktienbierbrauerei Lübeck**

**Alumin.-Geschirr**  
Billigste Bezugsquelle  
für Öfen, Herde, Gaskocher,  
Grüdeöfen  
**Adolf Borgfeldt**  
Fernruf 672 Mühlenstr. 36-40

**Brot-Fabrik**  
**Lübecker Central-Brotfabrik**  
**Rich. Spangenberg**  
Lindenstr. 20-22. Fernruf 258  
„Juwelbrot“  
wälschweizeres Kraft- u. Nährbrot  
Backwaren jeglicher Art.

**Kaufhaus Siegfried Ittmann**  
Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel  
sowie kompl.  
Wohn.-Einrichtg.

Herren-, Damen-u.  
**Kinder-Konfektion**  
Arbeiter-Garderob.

Manufaktur-Waren  
Wäsche, Teppiche,  
Kinderwagen etc.

**Auf Teilzahlung**  
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten

**Flöbelmagazin**  
**Herm. Rist** Hunde-  
Str. 13.  
billigste Bezugsquelle  
Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

**Eutin**  
**Deutsches Haus**  
Kiekrstr. 7  
hält sich Voranhes u. Touristen  
bestens empfohlen.  
**Paul Schröder.**

**Arbeiter-Artik.**  
**Manufakturw.**  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohlmarkt 10  
Viel benutzte Bezugsquelle für  
Manufakturwaren und  
Garderoben aller Art

**Pflanzen-  
Butter**  
Delikates Eigelb-  
Pflanzenbutter  
Edel Margarine  
„**Heimchen**“  
das Pfund 80 Pf.  
**Otto H. C. Voigt**  
Johannisstraße 22

**Garten-  
Sämereien**  
**Friedrich Michael**  
Breitestraße 49

**Lederwaren u.  
Reiseartikel**  
**J. H. Busson**  
Sattler, Sandstr. 8

**Musikinstrum.**  
**Meyer & Eggert**  
Königstraße 116.

**Ludw. Grandt**  
Tischlerei und Möbelmagazin

**Arbeiter- und  
Berufskleidg.**  
**J. H. Pein**  
am Markt  
Herren- und Knaben-  
Garderobe,  
Berufskleidung,  
Hüte und Hüten.

**Cigarrenhandlg.**  
**Elisabeth Sühr**  
Unterrade 20,  
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.  
**H. Möller**  
Holstenstraße  
42

**Herrenartikel**  
**Heinrich Waller** Breite  
Str. 60  
Spez.-Geschäft in Handschuhen  
u. Kravatten, Herren-Wäsche.

**Portemonnaies  
Lederwaren  
Brieftaschen  
Ränzel  
Schultaschen  
Rucksäcke**  
**Wilh. Krautzfeldt**  
Lederhandlg., sämtl. Schuhmacherartikel  
Fischergrube 23

**Öfen und Herde**  
**F. STEEN**  
Wahnstraße 58  
Irdenes Gebrauchsgeschirr

**Schuhwarenhaus A. Bendt**  
beste Bezugsquelle in Arbeiter-  
schuhen sow. auch boss. Schuhwar.

**Bäckereien**  
**Nicolaus Groß** Pfl.-Grobbackerei  
Alstr. 32.  
**P. Johansen** Konditorei  
Fischmarkt 31

**Eisenwaren  
u. Werkzeuge**  
**G. Kagel & Co.**  
Sa. n. d. Str. 18 Tel. 307

**Kolonialwaren  
u. Kaffeeröst.**  
**Fritz Kruse**  
Inhaber: Paul W. Pöttger  
Schlüsselbuden 32

**Reit- und Fahr-Artikel**  
**E. Teuteberg** Unterrade 60. Sohlen-  
schnitt-Schuhmacher

**Photographien**  
**Samson & Co.**  
Breitestraße 39.  
Erstes Atelier mit  
- billigen Preisen -  
Amateur Bedarfsartikel.

**Mölln**  
**Otto Greve**  
Gastwirtschaft und Destillation.  
**Wilh. Lübcke**  
Restaurant Lübecker Hof  
Klub- und Balllokal. Kegelbahn.

**Brauereien**  
**Trinkt**  
**Adler-Biere**

**Fleisch- und  
Wurstwaren**  
**Ch. Hamann**  
Schlachtereil  
Markt 7 Kohlmarkt 4  
Telephon 8923

**Kaffee's**  
sämtlicher Preislagen von  
Mark 1.40 an

**Mineralwasser  
u. Spirituosen**  
**J. C. Wessel**  
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750.

**Tapeten**  
**Fritz Rehm**  
Beckergrube 20.

**Rud. Hübener,** Uhren u.  
Goldwar.  
**Ludw. Kuhn,** Herr.- u. Damenh.  
Mützen, Pelzwar.  
**Ghr. Voss & Sohn,** Schuhwaren u.  
Repar.-Wkst.

**h. Lück**  
Brauerei zur  
Walkmühle

**Herm. Miljes**  
Schlüsselbuden Nr. 30

**Kinotheater**  
**Metropol-  
Theater**  
Nur Breitestr., beim Rathaus  
Täglich ununterbrochen Vor-  
stellung von 4-11 Uhr,  
Jeden Samstag u. Mittwoch  
neues Programm.  
Sonntag m. d. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

**Verlangen Sie**  
**Bunte Kuh-Kümmel**  
**Dr. Wickell** Spezialfabr. alkoholreiner  
Getränke. Tel. 1070.

**Treibriemen u.  
Sattlerwaren**  
**H. Köpcke & Dygers**  
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr  
Reise-Utensilien, Schulfapp.  
Taschen, Portemonnaies etc.  
Huxstraße 29.

**Schlutup**  
**Otto Liebenow**  
Uhren, Goldwaren, Musikwerke  
- Eigene Reparaturwerkstätte. -  
**W. Richter**  
Uhren u. Goldwaren  
nebst eigener Reparaturwerkstatt

**Trinkt**  
**Lübecker  
Vereins-  
Bräu**

**Gesundheits-  
Brot**  
Verlangt  
**Simonsbrot**  
Vollkornbrot a. reinem Roggen  
Kornmehl und Leinmehl  
- ärztlich empfohlen -  
Erhältlich in 50 Brotecklagen.

**Lichtspiele**  
**Neues  
Lichtspiel-Theater**  
Breitestr. 18 neben Hansa-Café  
Größtes, am besten ventilirtes  
u. der Neuzeit entsprechendes  
Lichtspiel-Etablissement.

**Meierei**  
**HANSA-MEIEREI**  
Lübeck's Amme  
Milch u. Milchprodukte  
in anerkannt bester Qualität

**Thüringer  
Wurstfabrik**  
Ihre Fabrikate empfiehlt  
angelegentlich die  
**Thüringer Wurst- und Fleisch-  
Konserven-Fabrik**  
**August Scheere, Lübeck**  
Beim Retzeich 14  
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

**Gastholz-Post** H. Vetter  
Empfehlensw. Lokal.  
**Hugo Krogmann** Photographisches  
Atelier.  
**Ad. Saborowski** Verkehrslokal  
d. Gewerkschaft.

**Trinkt**  
**Kieler Schloßbräu**  
Vertrieb  
für Lübeck und Umgebung:  
**F. Kropf, Brauerei Osthar**  
Glockengasse 2.  
**L. Hüper** Engländerw. Lokal  
Fischmarkt 4, Bee 75

**Glas, Porzellan**  
**ARNOLD  
BERG**  
Breitestraße 35.

**Theater**  
Besucht das  
**Variété International**  
Unterrade 62

**Uhren- und  
Goldwaren**  
**L. Behnfeldt, Uhrm.**  
Uhren-Rep.-Werkstatt.  
Paffenstraße 4.  
**A. Matern**  
Schweizer Uhren-Rep.-Werkst.  
Bee kergr. 43 v. v. Kalabergsvariété

**Schwartau**  
**Herm. G. Schmidt**  
Markt 18  
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.  
**Adler-Drogerie** Inh. Hans Gramp  
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.  
**Alb. Gleib** Schlachtereil  
et. Fleisch- u. Wurstwar  
**A. Klünder** Schuhwarenhaus  
Markt 17.  
**Rob. Pinkert** Verkehrslokal der  
freien Gewerkschaft.  
**L. Schaap** Manufakturwaren  
Arbeitergarderobe.

## Am Morgen nach den Wahlen.

Aus Neuyork, dem 6. November, wird uns geschrieben:

Wilson: 374 Wahlmänner; Theodor Roosevelt: 104; Taft: 15; zweifelhaft: 38 — so lauten heute nachmittag die Ziffern, die das umwälzende Ergebnis der gestrigen Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten bezeichnen. Das Volk der Union hat mit einem alle Voraussetzungen übersteigenden Nachdruck die „große alte Partei“, die Abraham Lincoln zu ihren Wortführern zählte und mit nur einmaliger Unterbrechung seit einem Menschenalter bei jeder Präsidentschaftswahl den Sieg errang, heisseitig, um es noch ein letztes Mal mit den Demokraten zu versuchen, die sich unter ihrem neuen Führer Woodrow Wilson — im demagogischen Wettbewerb mit Roosevelt — der radikalen Strömung in den amerikanischen Volksmassen bemächtigt hat. Wilson wird der nächste Präsident des Landes sein, und Taft, der kaum soviel Stimmen für sich gerettet hat, als die agrarischen Populisten des Westens anno 1892 aufbrachten, zieht das Fazit seiner schmachvollen, in der politischen Geschichte der Union geradezu beispiellosen Niederlage, indem er ankündigt, er werde sich in Cincinnati als Advokat niederlassen. . . . Tafts 15 Wahlmänner wurden in so kleinen und unwichtigen Staaten wie Idaho, Utah, Vermont und Wyoming erkoren, während Roosevelts 104 Männer neben Kansas, Washington und South Dakota so bedeutende Industriestaaten wie Pennsylvania, Illinois und Michigan repräsentieren. Es ist nur ein schwacher Trost für die geschlagnene republikanische Partei, daß sie immerhin im Bundesparlament ihrer numerischen Stärke nach als zweite rangieren wird. Nur wenig mehr als hundert ihrer Kongress-Kandidaten sind erwählt, gegen annähernd 300 Demokraten und nur 13 Roosevelt-Leute. Heute nachmittag wird es klar, daß, entgegen dem ersten Eindruck, auch eine genügende Anzahl einzelstaatlicher Parlamente von den Demokraten erobert sind, um ihnen eine Mehrheit im Bundes-Senat zu sichern (der bekanntlich eine Art Delegatenversammlung der „Staats-Legislaturen“ darstellt.) Während so im gegenwärtigen Augenblick und teilweise wohl noch für eine geraume Zeit manche einzelstaatliche und lokale Wahlentscheidungen — wie zum Beispiel im Frauenwahlrechts-Referendum fast eines halben Dutzends Staaten — im Ungewissen bleibt, ist doch eins unzweifelhaft: Die Demokraten werden wenigstens während der nächsten beiden Jahre — die Volksvertreter in Washington haben nur einen zweijährigen Amtstermin — Verwaltung, wie Gesetzgebung absolut beherrschen, und es ist gut, daß das Volk, wenn es schon einmal zu den Demokraten zurückkehren wollte, dieser Partei auch die unumschränkte Macht gegeben hat, sich möglichst bald und gründlich — abzuwickeln. Denn nichts anderes kann dabei herauskommen, wenn die Wahldemagogie der Demokraten veräußert, sie würde ihnen mittels niedrigerer Zollsätze — aber ohne „Beunruhigung“ der „geschützten“ Industrie, wie Wilson andererseits seinen großkapitalistischen Gönnern beteuert — ihren „full dinner pail“, anderweitig die „gefüllte Kompottschüssel“ genannt — verschaffen und der Konzentration des Kapitals ein für allemal ein Ende machen usw. Uns Sozialisten ist es klar, daß die Demokraten die Hoffnungen des Volkes, das mit der Erwählung Wilsons

gegen die kapitalistische Oligarchie und den Nahrungsmittelwucher zu rebellieren wählte, enttäuschen muß. Steuererhöhung und Zollwucher waren die Fragen, die in der beendigten Wahlkampagne alles andere überschattete, und die Demokraten siegten, weil das Volk noch einmal glaubte, sie seien willens und imstande, als erzkapitalistische Partei mit den volksbedrückenden Uebeln eines von ihnen selbst höchstens mit wirren, demagogischen Phrasen Bryan'scher Prägung befehdeten Systems fertig zu werden. Wenn die Trusts nach zwei Jahren Wilson'schen Regiments so allmächtig dastehen wie vorher und infolgedessen auch die Vorteile der allenfalls gewährten Zollherabsetzungen zu monopolisieren vermögen, wird das Volk seinen Irrtum korrigieren, und dann wird es kaum Roosevelt sein, dem sich die Massen zuwenden. Das Auftreten Roosevelts mit seinem „Programm sozialer Gerechtigkeit“, dessen radikale Ideen er zugeständenerweise den Sozialisten gestohlen hat, ist ebenso wie die Radikalisierung der demokratischen Partei nur ein Symptom dafür, in welcher Richtung sich die weitere politische Entwicklung in den Vereinigten Staaten vollzieht. Es hat daher auch keinen guten Sinn, wenn Präsident Taft, am Abend nach verlorener Schlacht den Kassandraruf variierte und die Erklärung ausgab, das große Votum für Roosevelt und das Wachstum der sozialistischen Stimmen seien höchst alarmierende Zeichen. Die Ziffern des sozialistischen Votums, soweit sie überhaupt bisher bekannt sind, würden nun an die Spitze dieses Berichts gestellt worden sein, wenn sie wirklich Veranlassung gäben, Triumph zu rufen. Fast alle bisherigen Meldungen und auch die ersten Kommentare der bürgerlichen Presse stimmen darin überein, daß ein allgemeines Wachstum unserer Stimmen tatsächlich eingetreten sei, aber es ist, nur von dem Chicagoer Distrikt abgesehen, anscheinend nirgends so bedeutend, daß es die Zirkel der bürgerlichen Kalkulation ernstlich gestört hätte. In Neuyork bekamen wir bei über 600 000 insgesamt abgegebenen Stimmen 35 000, gegen rund 26 000 vor vier Jahren. Auf der überwiegend jüdischen Ostseite unterlag zwar Genosse Meyer nur mit wenigen hundert Stimmen, und sein demokratischer Gegner hat seine Wahl zum Kongress-Abgeordneten offenbar nur dem Terrorismus der tammanyn'schen Verbrecherbanden zu danken. Bedauerlich ist, daß der einzige Sozialist im Neuyorker Staatsparlament, Morritt, den vereinigten Gegnern unterlegen ist, ebenso wie der einzige Parteigenosse im verpfuschten Kongress, Viktor Berger. In beiden Fällen sind indessen die sozialistischen Stimmenzahlen gestiegen. In Chicago drängte Genosse Debs, unser Präsidentschaftskandidat, Taft an die dritte Stelle, und zwei Sozialisten hielten ihren Einzug in die Legislatur von Illinois. Die nächsten Tage werden zweifellos weitere sozialistische Siegesnachrichten bringen.

## Das Petroleum-Monopol.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist in diesen Tagen der Entwurf des Petroleum-Monopol-Gesetzes (Gesetz über den Verkehr mit Leuchtöl) veröffentlicht worden. Dem Gesetz ist die Begründung bis auf eine Anzahl Tabellen über den Petroleumhandel, Preisbildung usw. beigelegt. Die grundlegende Bestimmung des § 1 lautet:

„Die Einfuhr und die Herstellung von Mineralölen, die zum Brennen auf Lampen geeignet sind (Leuchtöl), sowie der Großhandel damit im Zollinlande stehen ausschließlich dem Reiche zu . . .

Sobald das Reich die in Absatz 1 bezeichneten Befugnisse nicht selbst ausübt, können sie durch den Bundesrat an Dritte übertragen werden. Für die Übertragung an eine Aktiengesellschaft (Vertriebsgesellschaft) gelten die Vorschriften der §§ 2—4, 6—15, 17.“

Die im letzten Absatz vorgenommene Übertragung des Reichsmonopols an eine Vertriebsgesellschaft wird die Regel sein. Deshalb dreht sich das Gesetz im wesentlichen auch um die Einrichtung dieser Vertriebsgesellschaft und um die dem Reich zugehörige Kontrolle. Nach § 2 kann die Übertragung der aus dem Reichsmonopol hergeleiteten Befugnisse an eine Gesellschaft jeweils bis zur Dauer von 30 Jahren bestehen. Die Satzungen der Vertriebsgesellschaft und jede Veränderung der Satzungen bedürfen der Zustimmung des Reichskanzlers. Die Vertriebsgesellschaft ist mit außergewöhnlich großen Rechten ausgestattet. Nach § 7 ist sie berechtigt,

„von den im Zollinlande bestehenden Unternehmungen, welche die Herstellung von Leuchtöl oder den Großhandel damit zum Gegenstande haben, die Ueberlassung ihrer Grundstücke, Anlagen, Behältnisse, Vorräte und sonstigen zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Sachen zu verlangen; das gleiche gilt für Transportmittel, soweit sie nicht für den überseeischen Verkehr bestimmt sind.“

Verweigert eine der bestehenden Unternehmungen die Abtretung ihrer Einrichtungen an die Vertriebsgesellschaft, dann ist Zwangsentziehung zulässig. Die Vertriebsgesellschaft hat für die Uebernahme der bestehenden Unternehmungen Entschädigung zu leisten. Nach § 9 setzt sich die Entschädigung zusammen aus:

1. einer Vergütung für die übernommenen Gegenstände (Grundstücke, Anlagen, Vorräte und anderes,
2. einer den nicht übernommenen Angestellten und Vorstandsmitgliedern zu zahlenden Rente,
3. einer Abfindung für die Aufgabe des Geschäfts.

§ 10 bestimmt über die Vergütung der Geschäftsinhaber folgendes:

„Die bestehenden Unternehmungen erhalten für Grund und Boden, sowie für Vorräte den gemeinen Wert, für Anlagen und sonstige Sachen die Summe, die notwendig sein würde, um sie neu herzustellen oder anzuschaffen, abzüglich eines billigen Betrages für den Unterschied zwischen alt und neu. Soweit die Vertriebsgesellschaft auf Grund des § 7 Absatz 3 die Uebertragung von Rechten und Ansprüchen verlangt, hat sie die gegenüberstehenden Verpflichtungen zu übernehmen, sowie den Abtretenden gegen Inanspruchnahme aus den übernommenen Verpflichtungen zu sichern; eine darüber hinausgehende Entschädigung kann nach Billigkeit gewährt werden . . .

Weist außerdem eine der bestehenden Unternehmungen nach, daß der Reingewinn, den sie im Durchschnitt der letzten 5 Jahre aus dem deutschen Geschäft in dem an die Vertriebsgesellschaft übergehenden Umfang erzielt hat, höher ist als 4 v. H., der nach § 10 zu zahlenden Vergütung, so kann diese nach § 12 der Vorlage vom Bundesrat erhöht werden.“

## Der Hochwald.

Erzählung von Walbert Stifter.

(Schluß.)  
Mit einem schmerzhaft freundlichen Schimmer ihrer aufrichtigen Augen reichte ihm Clarissa die Hand hin, indem sie sagte: „So seid Ihr wieder der erste, wie immer, der da kommt zu helfen, Ihr, gegen den ich immer so undankbar gewesen bin.“  
„Lasset das jetzt, Clarissa,“ erwiderte er mit trüb-funkelnden Augen, „lasset das, es ist vorüber, und ich bin nichts als Euer Weiber und Bruder — wie hätte ich auch ahnen können — Wäret Ihr von jeher vertrauender gegen alle gewesen, so hätte ich Euch nie mit Werbung gequält, und wahrscheinlich wäre das Letzte auch nicht geschehen.“  
„So wisset Ihr —?“  
„Ich weiß, Clarissa, ich weiß —“  
„Auch er — ist es so — auch er!“  
„Auch er.“  
Clarissas Antlitz zuckte jäh hinüber und haßte nach Atem; ein maßloser Schmerz lag darauf, ja sogar etwas wie Grimm, als sie das Auge gegen das Fenster wandte, wie gegen einen blinden Himmel — und sekundenlang starrte, weil sie kämpfte.  
Noch war es fast wie ein Hohnlächeln in ihren Zügen, unheimlich anzusehen, als sie das Angesicht zurückwendete und mit fast ruhiger Stimme sagte: „Ritter, wenn Ihr etwas Näheres wisset, so sagt, so erzählt es uns, wir wissen nur das eine — sagt, Ritter, woher wißt Ihr das Nähere?“  
„Ich war dabei.“  
„Ihr waret dabei, Bruno?“ schrie Johanna aufspringend, „Ihr seid dabei gewesen, Bruno,“ rief sie mit den schmerzlichsten Tönen ihrer Seele. — „Um Gottes willen, du so sagst, wie war es, erzählt — nehmt diese fürchterliche Last von meinem Herzen; wir ist, als wäre mir leichter, wenn ich alles wüßte.“  
Da er unschlüssig zauderte, sagte Clarissa: „Ritter, seid barmherzig und erzählt.“  
„Ein Wald,“ begann er, „war das eigentliche Unglück. — Euer Haus — kein Finger hätte es angerührt; — weit links davon sollte der Zug gehen — aber Gallas hatte Böller geschandt, mich auf eignes Ansuchen mit, um in jenem Walde (er zieht sich rechts von hier gegen das Moldautal ab) Schanzen aufzuwerfen und den Feind zurückzuweisen. Friedbergs unglückliche Bewohner, die graben mußten, werden zeitweilig an den Schanzwald denken und den Namen ihren Enkeln und Urenkeln einprägen; denn er war ihr und unser Unglück. Ich sah es voraus, wie es kam und hat Euren

Vater noch tags zuvor, er möge die Burg preisgeben und zu Euch flüchten; aber er verwarf den Antrag mit Entschiedenheit, weil ein Haufe Kaiserlicher unter seinem Befehle die Burg besetzt hielt. Harmlos, wie eine Schar Wallfahrer mit klingenden Liedern stiegen die Schweden den schönen Wald heran. — Es war schrecklich anzusehen, wie, da der Rauchwall aus unsern Gewehren sich verzog, ihre zerfetzten und blutenden Linien zurücktaumelten. Kein neuer Angriff ward mehr gewagt, die Kurzschäftigen unter uns jubelten, aber noch die Nacht sahen wir den Brand Friedbergs und des andern Tages, da die Scharen schwoilen, ward im fürchterlichen Morden die Schanze gestürmt. Die Unsern zerstückelten, wie zerbrochenes Glas; ein Teil warf sich nach Wittinghausen, ich mit ihnen. O Clarissa, alles wäre noch gut geworden. Der erste siegestrochige Anfall würde zurückgeschlagen — eine Woche verging schon — und noch eine, — der Feind bereits abgezogen und einsehend, wie wenig ihm eigentlich an dem Hause gelegen sein könne, hatte nur den Schein von Ehre zu wahren und bot willig die Hand zur Unterhandlung. Da, eines schönen Morgens, sahen wir, gleichsam wie einen neuen Befehlshaber einen jungen Mann in prachtvollen Kleidern durch die Reihen der Belagerer reiten, gleichsam wie Anordnungen treffend.“ — Clarissa mit halbgeöffnetem Munde, atemlos, mit gepannten dürstenden Augen horchte hin. — „Wir begriffen nicht, was er wollte; die Anführer alle, Sture an der Spitze, standen ehrfürchtvoll vor ihm. Es war gerade Waffenstillstandstag. Am andern Morgen ritt derselbe Mann — ach, wie wir glaubten, um zu kundschaffen, ungewöhnlich nahe an die Mauern — und, wie es manchmal der Zufall will, der Helm entfiel ihm — ein ganzer Wall von blonden Locken rollte in diesem Augenblick über seinen Nacken . . .

„War es nun Verblendung, war es Verhängnis, das sich erfüllen mußte, wir verstanden die Zeichen des Jünglings nicht, wie er so zwerchlich vorritt, ja Euer Vater mit allen Merkmalen höchster Überraschung sah lange und unverwandt auf ihn hin; — da sah ich nach und nach ein Rot in seine Wangen steigen, bis sie dunkel wie in Zornesglut brannten. Ohne eine Silbe zu sagen, schleuderte er mit einem Male seine Lanze gegen den Reiter, nicht bedenkend, daß sie auf die Entfernung gar nicht treffen könne — ach, sie traf auch nicht, die arme schwache unschuldige Lanze — allein sie wurde das Zeichen zu vielen andern, die Augenblinks von unsern Leuten flogen; auch hörten wir zugleich das Krachen von unsern Doppelhaken hinter uns. Von den Schweden sahen wir nur noch, wie viele verprengten, um den Reiter in ihre Mitte zu nehmen, wie er sank — und dann, ehe uns noch kaum Befinnung wiederkehrten konnte — war schon

Sturm hier, dort, überall — wütend von der Schwedenseite, wie nie — Rauch, daß kein Antlitz auf drei Schritte erkennbar war — Clarissa, höret Ihr?“  
„Weiter, weiter,“ sagte sie angstvoll vorgebogen.  
„Es ist nichts mehr weiter — die Burg brannte, wir mußten ausfallen —“ — ich wurde verwundet, beunruhiglos, gefangen —“  
„Und . . .?“  
Clarissa — Johanna — Sture selbst steh beide, ihn und den Knaben, kriegerisch ehrenvoll unter der Steinplatte vor dem Altar der Thomaskirche begraben, die freilich auch abgebrannt war — ich, verwundet und waffenlos, erhielt Erlaubnis, beizuwohnen.“  
„Und ich,“ rief Clarissa zurückstehend, „war es, ich, die Vater und Bruder erschlagen — und sie brach, beide Hände vor ihre Augen drückend, in ein wildes Schluchzen aus, daß ihr ganzer Bau darunter erzitterte. Johanna, selbst kaum ihrer Kräfte mächtig und schön, wie ein gestorbener Engel, stand doch jogleich auf und drückte Clarissa an ihren Busen, das Haupt derselben an ihr Herz legend und es ausmeinen lassend, während sie ihre Hände lieblich ärtlich um dasselbe legte und selbst die heißen Tränen auf sie niederfallen ließ.“  
Der Ritter wuschte sich das Wasser aus seinen schönen dunkeln Augen und stand in tiefem Schmerz da, aber er bereute nicht, daß er den ihrigen durch die Erzählung hervorgerufen; denn er wußte wohl, wie herzerweichend diese Tränen auch seien, daß ihnen Ueberwindung folgen werde, unjählich süßer und heilsamer, als all ihre frühere dumpfe Ergebung. Auch löste sich bald das erste trampfaste Schluchzen und nur mehr ein leises, kaum hörbares Weinen rieselte durch das totentille verdunkelte Zimmer und endlich auch dies nicht mehr. Clarissa, ohnmächtig schmieglam, lag kindlich an Johannas Herzen, von ihr, wie früher, umschlossen — und wie bitter auch die ersten Tränen beider hervorgepreßt waren, so floßen sie doch jetzt leicht, reichlich und wie von selbst, ja sogar lüde süß, wie das letzte Blut eines getöteten Geschöpfes.  
Erstlich nach langer Stille hob Clarissa wieder ihr Haupt und Auge müde und verklärt zu dem Ritter empor und sagte leise: „Bruno, sagt uns nun auch, wo ist das andere Grab und wie . . .?“ Ihre Stimme erklang neuerdings.  
„Forschet nicht, Clarissa; wer enträtselt das Wirrsal jenes Augenblicks? — Er hatte eine Kugel in der Brust, wahrscheinlich aus einem unserer Doppelhaken, seinen Körper brachten sie weg, wohin, — ich weiß es nicht. Erst bei den Schweden erfuhr ich, daß er als Vermittler gekommen, daß er vorschlug und durchsetzte, daß man die kaiserliche Besatzung frei abziehen und Euer Vater angeführt in seinem

Die Angestellten sollen nach folgenden Grundfäden entschädigt werden (§ 11):

Waren sie mindestens 2 Jahre vor der Errichtung der Betriebsgesellschaft in der betreffenden Unternehmung angestellt, so erhalten sie außer dem in Absatz 1 bezeichneten Betrag als Entschädigung die Bezüge des letzten Jahres der Anstellung; hat das Anstellungsverhältnis länger als drei Jahre gedauert, erhalten sie außerdem für jedes auch nur begonnene weitere Jahr die Hälfte der Bezüge des letzten Anstellungsjahres. Die Entschädigung darf jedoch nicht mehr als insgesamt das Fünffache der Bezüge des letzten Anstellungsjahres betragen. Angestellte, die bei Errichtung der Betriebsgesellschaft das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur drei Viertel der vorstehend bezeichneten Beträge, Angestellte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur die in Absatz 1 bestimmte Entschädigung. Werden die Bezüge nach dem 1. Juli 1912 erhöht, so wird die Erhöhung nicht berücksichtigt, es sei denn, daß sie der bisherigen Übung der Unternehmung entspricht. Auf Grund dieser Bestimmungen kann eine höhere Entschädigungssumme als 150 000 Mark nicht beansprucht werden.

Angestellte, die zu den bisherigen Bedingungen weiter beschäftigt werden, denen aber gekündigt wird, bevor die ihnen von der Betriebsgesellschaft gezahlten Bezüge den Betrag erreicht haben, den sie nach den Bestimmungen des Abs. 2 als Entschädigung erhalten hätten, können, wenn die Kündigung nicht aus einem in ihrer Person liegenden wichtigen Grunde erfolgt, die Hälfte des Unterschieds zwischen den ihnen von der Betriebsgesellschaft gezahlten Bezügen und der ihnen nach Abs. 2 zustehenden Entschädigung verlangen.

Wenn der Angestellte ohne wichtigen Grund es ablehnt, eine ihm von der Betriebsgesellschaft unter Befassung der bisherigen Bezüge angebotene, seiner Vorbildung entsprechende Beschäftigung auszuführen oder eine entsprechende Stellung anzunehmen, so wird eine Entschädigung nicht gewährt.

Die Entschädigungen werden vierteljährlich in den Beträgen im voraus bezahlt, die den bisherigen Bezügen der Angestellten entsprechen, jedoch nicht über einen Betrag von jährlich 30 000 Mark hinaus. Der Angestellte muß sich auf die Entschädigung anrechnen lassen, was er infolge einer neuen Anstellung erwirbt. — Zu den Angestellten im Sinne dieser Bestimmungen sind auch die Vorstandsmitglieder von Gesellschaften zu rechnen.

Die Vorlage enthält weiter detaillierte Bestimmungen, die den Einfluß des Reichs auf die Betriebsgesellschaft sichern sollen. Ein Reichskommissar, verstärkt durch einen Vorgesetzten Beirat, soll die Aufsicht führen; er soll an allen Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen teilnehmen und es soll ihm auch ein Vetorecht zustehen, wenn es sich um größere Lieferungsabläufe handelt. Die Wahlen des Aufsichtsrates und des Vorstandes unterliegen der Bestätigung durch den Reichsanwalt. Um zu verhindern, daß fremde Kapitalmächte Einfluß in der Betriebsgesellschaft gewinnen, oder sich ihrer gar völlig bemächtigen, sollen von den 60 Millionen Mark Aktien, die als Grundkapital vorgesehen sind, 10 Millionen als Namensaktien ausgegeben werden, die bei der Reichsbank zu hinterlegen sind, und deren Uebertragung auf andere Namen der Zustimmung des Reichsanwaltes bedarf. Diese 10 Millionen Namensaktien erhalten passives Stimmrecht, als ultima ratio ist endlich in § 15 des Entwurfs die Möglichkeit der Auflösung der Betriebsgesellschaft vorbehalten, wenn das Gemeinwohl durch sie gefährdet wird oder ihre Geschäftsführung fortgesetzt dem Zweck des Gesetzes zuwiderläuft.

Soweit die Vorsichtsmaßregeln gegenüber der privaten Betriebsgesellschaft. Wäre eine andere Lösung der Petroleummonopolfrage ausgeschlossen, dann ließe sich nicht viel dagegen sagen. Aber die ganze Vorlage erscheint uns verfehlt. Es wird in der Begründung und in einem offiziellen Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg.“, der die Vorlage einführt, wiederholt verächtlich, der Gesetzentwurf beabsichtige die Regelung wirtschaftlicher Verhältnisse, nicht aber eine Verbesserung der allge-

meinen Finanzlage. Wenn wirklich nur die Absicht vorwaltet hat, das deutsche Volk vor der Ausbeutung der amerikanischen Monopolisten zu sichern, dann ist nicht einzusehen, warum die Regierungsvorlage ein neues Privatmonopol einiger Großbanken schafft, die den Löwenanteil des Profits auf Kosten des Volkes einstecken. § 4 der Vorlage trifft Bestimmungen über den Inhalt der Satzungen der künftigen Betriebsgesellschaft. In diesen Satzungen wird auch der Preis des Petroleums festgesetzt. Und zwar soll der Preis im Jahresdurchschnitt 20 Pfg. pro Liter ab Tankanlage nicht überschreiten. Die Begründung gibt zu, daß eine Ueberschreitung dieses Satzes nicht verboten ist. Es werden sogar Berechnungen angestellt unter Zugrundelegung eines Preises von 23 Pfg. ab Tankanlage. Wenn man bedenkt, daß das beste Petroleum bisher und bis vor ein paar Monaten im Maximum mit 20 Pfg. pro Liter bezahlt wurde — erst in der letzten Zeit ist es, vermutlich unter dem Einfluß des drohenden Monopols, hier und da auf 22 Pfg. gestiegen — so dürfte mit einer ganz erheblichen Verteuerung des Petroleums von vornherein zu rechnen sein. Nun versucht zwar die Vorlage, ein Gewinnverteilungsexperiment, von dem die Regierung annimmt, daß es die Betriebsgesellschaft anreizt, den Preis so niedrig als möglich zu halten. Bei einem Literpreis von 22 Pfg. würde der zulässige Verdienst der Gesellschaft pro Liter reichlich 1/2 Pfg., bei einem Preis von 17 Pfg. beispielsweise rund 3/4 Pfg. pro Liter betragen. Vor dieser Preisberechnung kommen aber erhebliche Abschreibungen und sämtliche Unkosten in Abzug. Die Banken werden sicher verstehen, gute Geschäfte auch bei hohen Preisen und prozentual niedrigerem Gewinnanteil am Literpreis zu erzielen. Bei einem Preis von 20 Pfg. beträgt der Gewinn der Gesellschaft drei Millionen Mark, da gegenwärtig neun Millionen Lit. Petroleum im Jahre verbraucht werden. Der Gewinnanteil des Reichs wird in der Begründung der Vorlage ziemlich hoch geschätzt. Er soll beim gegenwärtigen Verbrauch je nach dem Preis schwanken zwischen 12 und 23 Millionen Mark. Nun wird zwar versichert, und der Gesetzentwurf enthält dahinzielende Andeutungen, daß der Gewinn des Reichs nicht zur Verbesserung der allgemeinen Finanzlage dienen, sondern vielmehr den „minderbemittelten Klassen“ zugute kommen soll. Die angesammelten Gewinne sollen Verwendung finden zur Erhöhung der Beihilfen für Kriegsteilnehmer, zur Erweiterung des Kreises der Unterstützung erhaltenden Kriegsteilnehmer und, soweit noch etwas übrig bleibt, sollen Aufwendungen für die Arbeiterversicherung aus den Geldern bestritten werden.

Es ist das ehrlich gemeint, dann erscheint doppelt notwendig, daß jeder Zwischenprofit für die Großbanken ausgeschaltet und daß von vornherein auf einen niedrigen Petroleumpreis gehalten wird. Sonst bedeutet die ganze Reform, daß man dem Volke aus einer Tasche nimmt, um ihm in vermindertem Maße eine Kleinigkeit wieder in die andere Tasche zu stecken. Der Reichstag wird sehr gründliche Umarbeitungen an der Vorlage vornehmen müssen, ehe sie Anspruch darauf erheben kann, als nennenswerter volkswirtschaftlicher Fortschritt zu gelten.

## Aus der Partei.

### Internationaler Kongreß in Basel.

Das Internationale Bureau teilt über die Tagung noch folgendes mit:

Sonntag, den 24. November, 9 Uhr vormittags: Sitzung des Bureaus. 10 Uhr Eröffnungssitzung in der Burgoogteihalle und Konfirmierung des Kongresses. 3 Uhr nachmittags Demonstrationsszug der Kongreßteilnehmer und der Arbeiterorganisationen der Schweiz. Nach der Demonstration großes internationales Meeting im Münster.

Montag, den 25. November, 9 Uhr vormittags: Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus. 10 Uhr: Beginn der Verhandlungen des Kongresses.

Dienstag, den 26. November: Fortsetzung und Schluß der Verhandlungen.

Die deutsche Delegation tritt am Sonntag vormittags 9 Uhr in der Klarastraße zusammen.

wie eine Ruine aus. Alle Zeichen Konrads trugen und der Krieg, hat ein Ende zu nehmen, dauerte noch in die Jahre und Jahre, aber nie mehr erschien ein Feind vor Wittingen; ein Teil wußte, was sie für Konrad bedeutet, ein Teil konnte weder Konrad, noch die Feste.

Die Schwertkämpfer lebten fortan dort, beide unvermählt. Johanna war eine erhabene Jungfrau geworden, rein und streng, und hatte nur eine Leidenschaft, Liebe für ihre Schwertkämpfer. Clarissa liebte und hegte Konrad fort und fort; in den goldenen Stieren sah sie seine Haare, in dem hauen Himmel sein Auge, und als einmal ein Zufall jenes jenseitige Gebirg des britischen Sängers auf ihre Burg herüberwehte, so sah sie ihn dann oft als den letzten effigen blondgelockten Knaben aus seinem Wagen durch die Läfte schwimmen, den Lilienkengel in der rechten Hand, ihr entgegen, der harrnden Titania. Selbst, als sie schon achtzig Jahre alt geworden und längst ruhig und heiter war, konnte sie sich nicht anders denken — selbst wenn sie ihn noch lebend träumte und einmal kommend — als daß er als schöner blondgelockter Jüngling hereinträte und sie liebesoll anblinze. Wenige Menschen bedachten die heilige verwitterte Furg, nur ein einziger Ritter trat hinein ab und zu.

Eines Tages blieb er auch aus — er war gestorben. Daß die Schwertkämpfer sehr alt geworden, wußte man bis in die neuesten Zeiten, und der Herr zeigte die Kammer derselben, aber kein König kennt ihr Grab; in es in der verfallenen Thomaskirche, oder deut es einer der grauen Steine in der Burg, auf denen jetzt die Fiegen kreuzern? — Die Burg hatte nach dem keine Bewohner mehr.

Wäldchen liegen und schweigen die unermesslichen Wälder, hoch und wie echem. Gregor hatte das Waldhaus angekauft und Waldjamen auf die Stelle gestreut; die Ahornen, die Buchen, die Tannen und andere, die auf der Waldwiese standen, hatten zahlreich die Kastanienstadt und überzogen die ganze Stelle, so daß wieder die tiefe jungfräuliche Wälder entstand, wie sonst und wie sie noch heute ist.

Einen alten Mann, wie einen Schemen, sah man noch für und für den Wald gehen, aber kein König kann eine Zeit sagen, wo er noch ging und eine, wo er nicht mehr ging.

Wegen Quartier müssen sich die Delegierten mit dem Quartierkomitee, Adresse: Redakteur Frey, Basel (Schweiz), Petersberg 29, in Verbindung setzen und bei ihrer Ankunft in Basel sich beim Auskunfts-Bureau, das am Bahnhofs Bahnhof eingerichtet ist, melden.

Ein langwieriger Kampf. In dem Bayreuther Nachbarort Altenplos war dreimal nacheinander bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters der sozialdemokratische Kandidat gewählt worden. Jedesmal aber wurde dem Gewählten wegen seiner politischen Gesinnung die Bestätigung verweigert. (Da in Bayern die für einen schon einmal nicht bestellten Kandidaten abgegebenen Stimmen ungültig sind, mußte jedesmal ein neuer Kandidat aufgestellt werden.) Am Freitag fand nun zum vierten Male die Wahl statt und wieder siegte der von der Sozialdemokratie aufgestellte Kandidat, Genosse Gupper. Infolge ministerieller Anweisung werden in Bayern „nun“ die Personen als Bürgermeister nicht bestellbar, die als „überzeugte Parteigänger“ hervortreten für die Sozialdemokratie wirkten. Genosse Gupper ist noch nicht öffentlich hervorgetreten, weshalb man mit Spannung die Begründung einer event. abermaligen Nichtbestätigung erwarten darf.

Der beleidigte Militarismus. Der Redakteur Genosse Hensler von der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ wurde am Sonntag von der Dortmunder Strafkammer wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Armee zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Anwalt lag ein Artikel zugrunde, in dem die Erschießung des Offiziers in Oserode im April dieses Jahres durch einen Soldaten psychologisch zu erklären versucht wurde. Wegen des Artikels sind schon Redakteure einer ganzen Anzahl Parteipresse verurteilt worden. Die betreffenden Urteile lagen dem Gericht vor. Nun ist als bemerkenswert zu beachten, daß, als das Gericht sich zur Beratung zurückzog, es sich die Urteile von einem Referendar ins Beratungszimmer holen ließ. Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Frank, das feststellte, erklärte der Vorsitzende, das Gericht hätte die anderswo gefällten Urteile nur benutzt zur Stillschließung des Tenors. Rechtsanwalt Frank wird selbstverständlich auf Grund dieses Vorkommnisses Revision anmelden.

Bekanntes Sozialisten als Kriegsgesallene. Das Zentralorgan der tschechoslowakisch-sozialdemokratischen Partei in Prag, das „Pravo Lidu“ (Volkrecht) erhält von seinem nach Bulgarien entsandten Berichterstatter die telegraphische Meldung, daß unser bekannter bulgarischer Parteigenosse Georg Kyrkow, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus für die bulgarische Partei der Engen als Kriegsteilnehmer in der Schlacht bei Estibaba schwer verwundet wurde und im Lazarett liegt. Einem Kriegsbrief der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ist auch zu entnehmen, daß in der Schlacht bei Rumanowo der Sekretär der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Belgrad Silberowitsch, gefallen ist.

## Scharfmacherpläne.

Der Große Ausschuss des Bundes der Industriellen hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in der die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen zur Beratung stand. Nach langer Diskussion wurde folgende Erklärung beschlossen:

„Der Bund der Industriellen erklärt zur Frage der vielerseits geforderten Schaffung eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen auf Grund der ihm mitgeteilten Erfahrungen seiner Landes- und Fachverbände, daß auf dem Gebiete des Arbeitskampfes beflagenswerte Mißstände vorhanden sind, deren Beseitigung dringend gewünscht werden muß. Ein allgemein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens hält der Bund nicht für ein dazu geeignetes Mittel. Ein solches Verbot wäre nur im Wege eines gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetzes denkbar, dem wegen der zu erwartenden Verschärfung des Arbeitskampfes, einer weiteren Radikalisierung der Arbeitermassen, der Zurückdrängung der nationalen Arbeiterbewegung unbedingt zu widerstehen ist.“

Der Bund der Industriellen fordert vielmehr, daß versucht wird, im Rahmen der jetzigen Gesetzgebung durch entsprechende Anwendung der gegebenen Nachmittels seitens der ausführenden Organe die Wahrung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu dem Ansehen des Staates wiederherzustellen, sowie die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Er ist der Überzeugung, daß der jetzige Rechtszustand es erlaubt, vor allem die Ausschreitungen bei dem Streikpostenstehen in einem sehr viel weitergehenden Maße, als es bisher geschieht, zu verhindern. Für nötig erachtet er aber eine Beschränkung des Strafverfahrens.

Der Bund der Industriellen hält eine Erweiterung der Gesetzgebung nur im Rahmen des gemeinen Rechts für möglich und in dem Sinne für geboten, daß Normen geschaffen werden, die die Willensfreiheit des einzelnen, sein Recht auf ungehinderte Berufsausübung und seine persönliche Integrität bei der Arbeit garantieren. Er wünscht die Beseitigung der im § 152,2 der Reichsgewerbeordnung begründeten Ausnahmebestellung der gewerblichen Berufsvereine und die Einführung einer Verpflichtung für sie zum Erwerb der Rechtsfähigkeit sowie die Statuierung der Haftung der Berufsvereine für die Tätigkeit ihrer Beamten. Im übrigen empfiehlt der Bund als wirksame Abwehrmittel tatkraftige Förderung der deutschen Arbeiterorganisation und der Streikentschädigungsfrage.

Die Richtlinien, die hier festgelegt wurden, bedürfen sich vollständig mit dem farnosen „Rechtsgutachten“, das sich die scharfmacher von dem Oberverwaltungsgerichtsrat E. L. H. Dresden ausarbeiten ließen. Die Scharfmacher befürchten, für ein Ausnahmegesetz im Reichstage keine Gegenliebe zu finden. Deshalb verlangen sie die schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze. Damit, daß diese schärfere Handhabung sich aber nur gegen die Arbeiter wenden kann, schafft man noch mehr als jeither zweierlei Recht. Gegen die Streikposten soll die Polizei scharfer vorgehen — dann braucht man freilich kein Verbot des Streikpostenstehens, die Polizei wird dann schon Mittel und Wege dazu finden, jeder Streikposten zu verjagen. Natürlich wünschen die Scharfmacher auch strenge Strafen. Die Streikposten im Ruhrgebiet hat ihnen so imponiert, daß sie diese Schnelljustiz allgemein gegen freitende Arbeiter angewendet wissen wollen. Endlich die Schnelligkeit nach den gefüllten Kassen der Gewerkschaften, die dem Unternehmer den Schaden ersetzen sollen, der ihnen durch einen Streik erwächst. Ein vor dem Bankrott stehender Unternehmer hätte dann nur nötig, einen Streik seiner Arbeiter zu provozieren, stellt dann hohe Entschädigungsansprüche und ist damit wieder flott gemacht.

Diese Pläne sind so ungeheuer arbeitfeindlich, daß sie in die Praxis übertragen, mindestens so schlimm wirken müßten, als wie ein Ausnahmegesetz das tun könnte. Das „Berliner Tageblatt“ findet diese Ungeheuerlichkeiten als diskutabel und meint, daß sich diese Forderungen vorteilhaft von der Scharfmacherei anderer Organisationen unterscheiden. Der ganze Unterschied liegt aber darin, daß die Herren vom Bunde der Industriellen etwas raffiniert vorgehen, als wie die Leute vom Zentralverband Deutscher Industrieller. Hinter diesem erbärmlichen Treiben aber steht der

Haufe lassen sollte. — Sein Tod war die Lösung des Sturmes — Stare und alle liebten ihn sehr.“

„Alle liebten ihn sehr,“ sagte sie vor trübem Schmerz tollend, „alle liebten ihn sehr — — — du schone, du schone, du unglückliche Weibchen!“ Sie verbergte wieder ihr Haupt an Johanna's Herzen, sah lächelnd zurück die Worte sagend: „Johanna, du wirst — Johanna, ich liebe dich, jetzt nur dich — — — du Kind, liebe mich nun auch wieder.“

Diese im Umarmen des Schmerzes und der Zärtlichkeit mußte nicht, was sie tun sollte; sie drückte die Schwertkämpfer an sich, sie umschlang sie mit einer Hand und streichelte mit der anderen über die glänzenden Haarsträhnen derselben, wie man verführte Kinder beschwichtigt. — — — Sie schloß, bis zu Liebe betäubt, erwiderte nur nicht, daß die noch größere Zärtlichkeit der Schwertkämpfer, die sie lindern wollte. Ja dem Ritter aber sagte sie leise: „Erzählt nichts mehr.“

Dicker aber bogte sein Haupt im Schmerze vorwärts und sah mit den verdunkelten von Tränen glänzenden Augen auf das schöne der ihm zugehende Gesicht, das er so lange geliebt, das sein Herz so lange begehrt hatte; es wollte ihm der Wille zerbrechen und es war ihm, als drohe sich mit ihm der Gipfel des Gemüths. Seine Wille er hinausgehen, um den Schwertkämpfer zu sehen, aber Clarissa für ihre Tante und sah nicht auf und sagte: „Stare, geh nicht, es ist hier so dunkel und wir haben niemand, als einen alten Mann und einen Hund — — — Stare, laß uns da gehen.“

„Stare, alle, Clarissa, werden wir machen lassen. Sehr, ich werde noch heute am nächsten fortgehen, wir werden für den Winter ein Dach auf einige Gemächer legen, Fenster, Türen, Stiegen, alles entrichten — — — Eure Tante werde ich aus dem Waldhause holen lassen — — — Eure Tante, daß ihr den Winter getrost entgegengehen könnt.“

„Nun ich bin ja schon getrost entgangen,“ sagte sie, indem sie wieder ihr Haupt auf Johanna's Schulter legte.

Der Ritter ging nicht hinaus. Er sprach mit Gregor, Hans und den Knechten, und nach einiger Zeit sah man ihn wieder über den grauen glänzenden Boden beschreiten. Ein Knecht war geküßt, Lora Stiegen, Gemächer wieder eingeräumt, aber immer sah die Burg wie eine Ruine aus. Stare kamen und vergingen und immer sah die Burg

**Hansa Bund**, dem die Mitglieder des Bundes der Industriellen vollständig angehören. Schließlich seien noch die Namen bekannterer Herren festgestellt, die warm für die Anebelung der Arbeiter kämpfen wollen; es sind das u. a. Kommerzienrat Lehmann-Dresden, Direktor Fischer-Kommern, Kommerzienrat Arimann-Ludwigshafen, Fabrikbesitzer Boehm-Offenbach und Landtagsabgeordneter Dr. Zephele-Leipzig.

Die Scharfmacherpläne haben nunmehr greifbare Gestalt angenommen, die Scharfmacher versuchen, wie vorige Woche in Wittweida (Sachsen), ihre Pläne als möglichst harmlos hinzustellen, die deutsche Arbeiterschaft darf nicht säumen, diesen Bestrebungen sofort mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Päpstliche Enzyklika als Antistreitmittel.** Die päpstliche Demutsverordnung an die katholischen Arbeiter wird schon von einem schlaun katholischen Unternehmer dazu benutzt, die Arbeiter vom Streik fernzuhalten. Aus Menden in Westfalen, wo seit Wochen die christlich organisierten Metallarbeiter ausgeperrt sind, wird nämlich berichtet, daß ein katholischer Metallindustrieller die päpstliche Enzyklika in seinem Betriebe öffentlich anschlagen ließ und unter Hinweis darauf seine Arbeiter zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit aufforderte.

**Von der Generalversammlung der christlichen Metallarbeiter in Menden i. W.** wird uns weiter berichtet: Nach achtwöchigem Kampf der Arbeiter bei der Firma Schmole & Co. in Menden in Westfalen und der seit 11. ds. Mts. erfolgten Teilaussperrung der christlichen Metallarbeiter haben die Unternehmer in einer Sitzung am 14. November, an der der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Arbeitgeber teilnahm, beschlossen, eine Generalausperrung vorzunehmen. Dieser Beschluß ist bereits in den Betrieben durch Anschlag bekanntgegeben worden. Den nichtorganisierten Arbeitern soll eine Unterstützung zuteil werden. Die Bemühungen der christlichen Gewerkschaftsführer und auch des Bürgermeisters, Verhandlungen mit der Firma Schmole & Co. herbeizuführen, führten zu keinem Resultat. Die einzigen Zugeständnisse, die die Unternehmer machten, waren folgende: Nach der Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen will die Firma die Löhne einiger Artikel einer Revision unterziehen. Auch soll es den Arbeitern freigestellt sein, wieder bei der Firma anzufangen oder nicht. Die Firma lehnte jede weitere Verhandlung strikte ab und zog selbst diese „Zugeständnisse“ zurück. Als weitere Antwort beschlossen die Unternehmer die Generalausperrung. In Menden ist ein größeres Gendarmereiaufgebot unter dem Kommando eines Gendarmereiwachtmessers. D. Fronte des Schiffs! Jene christlichen Gewerkschaftsführer, die im letzten Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet nicht laut genug nach Gendarmereie und Militär rufen konnten, werden unter Umständen sehr bald den Schußmännchen zu kosten bekommen. Und das in einer Hochburg der Christlichen. Und die Unternehmer sind stramme Zentrumsleute. Wir sehen auch hier, daß die Unternehmer, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen, nicht halt machen vor christlichen oder freiorganisierten Arbeitern. — Von der Generalausperrung werden ungefähr gegen 3000 Arbeiter betroffen.

### Kommunales.

**Die Wohnungsnot in Braunschweig** hatte schon im Jahre 1910 erschreckende Dimensionen angenommen. Dieser Zustand veranlaßte unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag einzubringen, versuchsweise in eigener Regie von der Stadt Kleinwohnungen für die städtischen Arbeiter und unteren Beamten zu errichten. Dem Antrag wurde zugestimmt. Aber erst jetzt hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit einer Magistratsvorlage zu beschäftigen, nach welcher die Stadt 51 833 Quadratmeter Land für 229 730 Mk. ankaufen will, auf dem 64 dreigeschossige Wohnhäuser mit Wohnungen zum Preise von jährlich 268 bis 423 Mark errichtet werden sollen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte — gegen die Stimmen der Hausagrarien, die überhaupt jede Wohnungsnot leugnen, dem Antrag des Magistrats zu, ließ jedoch die Frage offen, ob nicht eine zu bildende Genossenschaft die Herrichtung der Bauten übernehmen könnte, der man den Baugrund ezent. in Erbpacht geben will. Weiter wurde beschlossen, die Genossenschaft aus städtischen Mitteln wirksam zu unterstützen. Diese Genossenschaft besteht seit 1888 und zumeist aus Parteigenossen. Sie hat bisher 82 Wohnhäuser mit 611 Wohnungen erbaut. Seit 1901 behält sie die Häuser in eigenem Besitz und gibt die Wohnungen um jährlich je 30—40 Mark billiger ab, als die Privatunternehmer der gleichen Wohnungen. Sie baut jetzt in eigener Regie und eripart dadurch an jedem gewöhnlichen Wohnhaufe über 4000 Mark Unternehmergewinn. Auf Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten verzichtet die Stadt für die Folge auf die Sicherstellung der Kosten des Oberbaues der von der Genossenschaft anzulegenden Wohnstraßen. Bereits hinterlegte Sicherheitkapitalien werden freigegeben. Die unterirdischen Anlagen in den Wohnstraßen der Genossenschaft läßt die Stadt auf eigene Kosten herrichten. Anträge der Genossenschaft auf Herleitung von Hypotheken aus den Mitteln der Stadt sollen in erster Linie berücksichtigt werden. Mehr als 4 % Zinsen sollen nicht gefordert werden. Weiter werden 100 000 Mk. aus dem Stadtfonds zur Verfügung gestellt zur Beleihung der Grundstücke der Genossenschaft über die Grenze der Mündelbarkeit hinaus, bis zu 90 % des Kaufwertes des Grundstücks. Solche Hypotheken sollen mit 3 % verzinst werden. Das sind wesentliche Erfolge des praktischen Wirkens unserer Genossen in der Stadtverwaltung.

**Gemeindewahlen.** Infolge Eingemeindung der Landgemeinde Borghagen = Rummelsburg in die Stadtgemeinde Lichtenberg ist die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst worden. Durch Ortsstatut ist die Zahl der Stadtverordneten der neuen Gesamt-Gemeinde (150 000 Einwohner) auf 66 festgesetzt. Bei der am 17. November vorgenommenen Neuwahl der 22 Stadtverordneten für die dritte Wählerklasse entfielen auf die Kandidaten der Sozialdemokraten 11 012 und auf die der Bürgerlichen 1149 Stimmen. Gewählt sind demnach 22 Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten errangen in der 2. Wählerklasse sieben Mandate; vier Genossen kommen in die Stichwahl. Mit den 22 Mandaten der 3. Klasse haben wir jetzt also 29 Mandate unter 66 und 4 Stichwahlen. — Bei den Bürgerauswahlwahlen in Konstanj entfielen in der dritten Klasse auf die sozialdemokratische Liste acht Sitze; in der zweiten Klasse gelang es nicht, für unsere Partei Mandate zu erobern. Der alte Beisitz — ebenfalls acht Vertreter — ist damit gewahrt. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Langensalza (Thüringen) eroberten unsere Genossen drei Mandate. Insgesamt besitzen wir dort nunmehr fünf Vertreter im Stadtparlament. — Einen glänzenden Wahlsieg erzielten unsere Stettiner Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen. Zum ersten Male fanden die Wahlen an einem Sonntag statt. Die Beteiligung war etwas härter als sonst. Wir hatten drei Mandate zu verteidigen. Der Erfolg der Agitation war, daß die Mandate mit Stimmengewinn behauptet und die Genossen Pophal, Schumann und

**Barthardt neu gewählt** wurden. Unsere Stimmennahme beträgt 1650, während die Liberalen nicht ganz 200 Stimmen gewonnen haben. Mit den drei neuen Mandaten haben wir jetzt 16 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. — Bei den Stadtverordnetenwahlen für die zweite Abteilung der 1910 in Magdeburg eingemeindeten Vororte eroberte die Sozialdemokratie zwei neue Mandate, so daß unsere Fraktion in Magdeburg einschließlich der vor acht Tagen errungenen 3 Mandate jetzt auf dreizehn Mann gestiegen ist. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Altenburg fielen die fünf Mandate der dritten Klasse, die zur Wahl standen, der Sozialdemokratie zu. Sie hatte bisher nur zwei Sitze inne. Von den 3553 abgegebenen Stimmen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 2186. Die Stadtverordnetenversammlung Altenburgs besteht aus 36 Mitgliedern, von denen nunmehr 12 Sozialdemokraten sind. — Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Herford (Westf. brachten unseren Genossen ebenfalls einen schönen Erfolg. Sie behaupteten ein Mandat und eroberten zwei; sie besitzen jetzt 7 von den 10 Mandaten der 3. Abteilung.

**Dernburgs Wahl zum Großherzoglichen Zweckverband für ungültig erklärt.** Die Wahlprüfungskommission des Zweckverbandes ist am Dienstag zur Entscheidung der Frage zusammengetreten, ob eine Gemeinde Mitglieder anderer Gemeinden zu Vertretern wählen kann. Anlaß dazu hat die Wahl des früheren Staatssekretärs Dr. Dernburg gegeben, der, obwohl er in Grünwald wohnt, von der Stadt Schöneberg in die Zweckverbandsversammlung delegiert ist. Nach längerer Beratung kam der Ausschluß zu dem Ergebnis, daß ein solches Vorgehen nicht statthaft sei; er erklärte jedoch die Wahl Dernburgs für ungültig, als auch die Wahl des Berliner Stadtkammerers Woeffel, weil dieser vom Berliner Magistrat zu einer Zeit zum Mitglied der Zweckverbandsversammlung gewählt wurde, wo er noch nicht in Berlin, sondern in Schöneberg wohnte. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, Stadt- und Hirsch, stellten sich auf den Standpunkt, daß die Wahlen gültig seien. Das Gesetz sage darüber nichts Bestimmtes, man könne aber unmöglich die Befugnisse der Mitglieder des Zweckverbandes weiter einschränken, als der Gesetzgeber es getan habe. Voraussichtlich wird das Plenum dem Beschluß der Wahlprüfungskommission beitreten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dernburg dann gegen die Entscheidung der Zweckverbandsversammlung das Oberverwaltungsgericht anrufen, das somit in die Lage kommt, zum ersten Male diese sehr wichtige Frage zu entscheiden.

### Soziales.

**An jedem Arbeiter 2000 Mark verdient** hat im letzten Geschäftsjahre die Deutsche Gasallicht Akt.-Ges., bekannter unter dem Titel Luergesellschaft, 1892 wurde die Gesellschaft gegründet, doch schon nach zwei Jahren verteilte sie 130 Prozent Dividende. Langsam ging sie dann im Laufe eines Jahrzehnts herunter auf 7 Prozent, um dann allmählich wieder auf 75 Prozent anzuwachsen, die den Aktionären jetzt ausgeschüttet werden sollen. Der Gewinn im letzten Jahre beträgt — nach 700 000 Mark Abschreibungen — 7,8 Millionen Mark. Das macht bei 4000 Beschäftigten rund 2000 Mark Gewinn an jedem Arbeiter. — Freilich kommt in den Dividenden noch nicht der ganze Gewinn und die kapitalistische Arbeit der Luergesellschaft zum Ausdruck. Das Unternehmen, mit seinem 19,8 Millionen Aktienkapital, herrscht über eine große Reihe anderer Gesellschaften. Natürlich fließen der Luergesellschaft aus all diesen Quellen Riesengewinne zu, die zumeist gar nicht zu kontrollieren sind. So erhielt sie zum Beispiel für den Verkauf ihrer Esramlampenpatente an eine englische und französische Gesellschaft Millionen von Mark. Dies Geld ist überhaup nicht sichtbar geworden, und dies deswegen, weil die Luergesellschaft seit Jahren ihre wertvollen Patente, die sie mit der A. G. G. gemeinsam ausbeutet, in der Bilanz mit einer ganzen Mark eingestellt hat. Das bedeutet natürlich riesige geheime Reserven, die ebenso wie ihre Vorhänge in der Tochtergesellschaften, die heute 16,4 Millionen Mark ausmachen und ihre Beteiligungen, die über 6 Millionen ausmachen, die Quasistandiger, neuer Profite sind. Der aus vier Personen bestehende Aufsichtsrat der Luergesellschaft erhält auch dieses Jahr wieder 100 000 Mk., die höchst zulässige Summe der Luergesellschaft, an Lantienen. Die Arbeiter aber, an denen die Gesellschaft Millionen über Millionen verdient hat, können Hungerpfoten saugen. So will es die kapitalistische Weltordnung.

### Aus dem Gerichtssaal.

**„Ist das Leben eines Arbeiters so wenig wert, daß Polizeibeamte es ungestraft vernichten dürfen?“** Im Winter, zu Beginn dieses Jahres, wurde in Wattenfeld bei Bochum an einem Sonntagabend ein junger Bergmann durch Säbelhiebe von dem Polizeibeamten Schaak auf der Stelle getötet. Mit diesem Vorgang, oder doch mit seinen Folgen, hatte sich am Sonnabend die Strafkammer in Bochum zu befassen. Natürlich lag der nicht etwa der Polizeibeamte auf der Anklagebank, sondern ein Bruder des Getöteten, der Bergmann Albert Maluk aus Härtros. Der Angeklagte hatte sich wegen „Beleidigung“ der Polizeierbeamtenschaft und Klamage zu verantworten. Sofort nach den Vorgängen, die zum Tode seines Bruders führten, erstattete der Angeklagte Anzeige gegen die genannten Polizeibeamten beim Ersten Staatsanwalt. Bevor hierauf eine Antwort erging, wurde dem Begleiter des getöteten Maluk, dem Bergmann Frank, der Prozeß vor dem Wattenfelder Schöffengericht gemacht. Die Polizeibeamten hatten an dem fraglichen Abend versucht, Frank zu verhaften. Hieraus ergaben sich die Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Maluk getötet wurde. Das Schöffengericht stellte fest, daß die Beamten nicht berechtigt gewesen seien, Frank festzunehmen, verurteilte Frank aber wegen Bedrohung. Albert Maluk erhielt von der Staatsanwaltschaft dann Bescheid, daß die Beamten in Notwehr gehandelt hätten und ein Einschreiten deshalb abgelehnt werde. Auf den Bescheid hin erhob Maluk dann Beschwerde beim Oberstaatsanwalt mit der Behauptung, die Beamten hätten in dem Prozeß gegen Frank falsche Aussagen gemacht. In Notwehr hätten sie auch nicht gehandelt, denn die Säbelhiebe, oder doch der tödliche, seien erst geführt, als der Getötete schon auf der Erde gelegen habe. Der Oberstaatsanwalt wies die Beschwerde ab. Darauf wandte sich Maluk an den Justizminister mit einer eingehenden Beschwerde, die er mit der Frage schloß, die wir als Überschrift über diese Ausführungen setzten. Der Justizminister fand keinen Grund zur Abänderung des Bescheides des Oberstaatsanwalts. Jetzt wandte sich der dauernd Abgewiesene an den Bürgermeister von Wattenfeld, legte den Sachverhalt, wie er nach seinem Dafürhalten richtig war, dar und wies darauf hin, daß die Beamten noch im Dienste seien. Anstatt die Eingabe zu prüfen, stellte der Bürgermeister Strafantrag gegen Maluk. Das Schöffengericht in Wattenfeld verurteilte

**darauf Maluk wegen Beleidigung der Polizeibeamten zu einem Monat Gefängnis.** Der 6. Abschnitt des Paragraphen 193 des Straf-Gesetzbuches wurde dem Angeklagten verweigert, weil er nicht Wattenfelder Bürger sei und die Anzeige gegen die Beamten (die seinen Bruder zugebenemäßen erschlagen hatten) nur aus Rache und niedriger Gesinnung erstattet habe! Die Ladung der vom Angeklagten zur Führung des Wahrheitsbeweises benannten Zeugen lehnte das Schöffengericht mit dem Bemerkten ab, daß die Angelegenheit in der Sache Frank „völlig aufgelklärt“ sei. Die Zeugen waren aber keineswegs dieselben. Dieses Urteil schien selbst dem Staatsanwalt der 2. Instanz so ungeheuerlich, daß er erklärte, die Aufhebung sei schon wegen formaler Mängel geboten, auch habe der Angeklagte das ethische Recht, die von ihm erstatteten Anzeigen zu machen. Die Bochumer Strafkammer hob das Urteil glatt auf und sprach den Angeklagten aus § 193 Str.-G.-B. frei, indem sie den ruhigen und sachlichen Ton der Eingaben ausdrücklich betonte. Da die Strafkammer der Verhandlung nur auf den § 193 erstreckte, wurden die Zeugen des Angeklagten, die das Gericht sämtlich geladen hatte, nicht vernommen. Der Angeklagte erklärte zu Beginn der Verhandlung wieder, den Wahrheitsbeweis führen zu wollen. Trotz des anerkenntwerten, allerdings auch selbstverständlichen Freispruchs ist die Frage noch immer unbeantwortet: „Ist das Leben eines Arbeiters so wenig wert, daß Polizeibeamte es ungestraft vernichten dürfen?“

**Ein Irrenhausprozeß.** In zweitägiger Verhandlung besaßte sich die Strafkammer des Landgerichts Bonn mit einer Beleidigungsklage des Rechtsanwalts Jahr (Königs-Winter) gegen den Kommerzienrat Ursprung (Barmen). Jahr ist Vormund der achtzigjährigen Gutsbesitzerin Witwe Peill (Kömlingshofen a. Rh.), die auf Betreiben ihrer Tochter, der Gattin des Generalmusikdirektors Professor v. Schillings (Stuttgart), gewalttätig in eine Privat-Irrenanstalt gebracht, dort monatelang festgehalten und schließlich entmündigt worden ist. Kommerzienrat Ursprung, ein ergebener Freund der Familie Peill, nahm sich der Greisin in energischer Weise an. Er veröffentlichte Zeitungsartikel, worin er die Frau v. Schillings beschuldigte, die geistig völlig gesunde Greisin nur deshalb in die Irrenanstalt des Sanitätsrats Dr. v. Ehrenwall (Ahrweiler) gebracht zu haben, weil sie verhindern wollte, daß die Frau in ihrem Testament hohe Stiftungen zu gemeinnützigen Zwecken mache. Der Besitzer der Irrenanstalt (der nämlich, in der der Kolonialmordprinz Arenberg „interniert“ war) und dessen Oberarzt, Dr. Mörchen, hätten die Greisin nur wegen der hohen Verpflegungskosten bei gesundem Verstande festgehalten; der Vormund, Rechtsanwalt Jahr, habe sich, statt die Interessen seines Mündels zu wahren, aus materiellen Gründen auf die Seite der Frau v. Schillings gestellt. Auf Antrag der drei genannten Herren eröffnete die Staatsanwaltschaft in Bonn gegen Ursprung die öffentliche Klage. Dr. v. Ehrenwall und sein Oberarzt zogen aber ihre Strafanträge nachher zurück, sodaß die Aufhebung der von dem Barmer Kommerzienrat behaupteten in Ehrenwalls Anstalt herrschenden skandalösen Zustände, nicht möglich war. Welche Schlussfolgerungen aus dieser Jurisdiktion gezogen werden müssen, darüber können sich Dr. v. Ehrenwall und sein Oberarzt nicht im Zweifel gewesen sein. Es blieb also nur noch die Klage des Rechtsanwalts Jahr. — In der Verhandlung erhob der Rechtsbeistand Ursprungs, Justizrat Heilbronn (Elsfeld), gegen die Ehrenwallische Irrenanstalt geradezu fürchterliche Anklagen. Er behauptete und stellte unter Beweis: bei Ehrenwall würden Kranke und Gesunde widerrechtlich festgehalten, andere zu hohen Ausgaben verleitet. In der Anstalt seien Trinkgelage und Orgien gefeiert worden und unerhörte Sittlichkeitserschüsse vorgekommen. Leitende Ärzte hätten mit Pflegerinnen geschlechtliche Verhältnisse gehabt. Eine Anzahl Pflegerinnen hätten die Anstalt verlassen müssen, weil sie durch den Verkehr mit den Ärzten guter Hoffnung wurden. Sanitätsrat v. Ehrenwall selber habe mit der Pflegerin 3. drei außereheliche Kinder. (Ehrenwall ist ein hoch fleischer Mann!) Weiter hätten in der Anstalt homosexuelle Verhältnisse bestanden. — Das Gericht lehnte die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen ab, da die Zustände in der Irrenanstalt nichts mit der Beleidigung des Vormundes zu tun hätten. In der weiteren Verhandlung befanden sämtliche Zeugen, darunter zwei Diakonissinnen und eine Oberin, die Frau Peill gepflegt haben, daß sie stets geistesklar gewesen sei. Der Oberarzt der Irrenanstalt v. Ehrenwall gibt zu, sein „Gutachten“ auf die Angaben der Tochter und des Schwiegersohns gestützt zu haben. Die Anschuldigungen, die Ursprung gegen den Vormund erhob, hält jedoch der Staatsanwalt nicht für erwiesen. Er beantragt 1000 Mark Geldstrafe, welchem Antrag das Gericht entspricht.

**13 Jahre im Gefängnis.** Vor der Strafkammer in Trier hatte sich dieser Tage ein 73jähriger Greis wegen Diebstahls zu verantworten. Der Lebensgang dieses Mannes ist geradezu typisch für die Wertlosigkeit unserer Strafrechtspflege, die in Wirklichkeit nichts anderes als Straffucht ist. Ergab doch das Strafregister dieses Angeklagten, daß er mehr als die Hälfte seines Lebens, nämlich dreiundvierzig Jahre, im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht hat. Und es ist bemerkenswert: im Alter von 18 Jahren erhielt er seine erste Strafe, die ihn angeblich bessern sollte, während sie in Wirklichkeit nur den Grund legte zu seiner Verbrecherlaufbahn. Denn er wanderte nach der Verbüßung der im Jahre 1855 verhängten Strafe vom Zuchthaus ins Gefängnis und dann wieder ins Zuchthaus und so fort, bis er nun, nachdem er im vorigen Jahre aus dem Zuchthaus entlassen war, wiederum als 73jähriger die Anklagebank „zierte“. Der Staatsanwalt beantragte wiederum 4 Jahre Zuchthaus und der Greis erklärte: „Das werde ich wohl nicht mehr packen.“ Das Gericht ließ es daher bei 1 1/2 Jahren Zuchthaus bewenden. Der alte Mann wird wahrscheinlich auch diese Strafe kaum überwinden; wenn doch, dann steht ihm auch weiter das Zuchthaus offen: Es ist doch zu schön in unserer göttlichen Weltordnung!

**Politischer Prozeß gegen einen Krakauer Professor.** Als vor einigen Monaten der österreichische Erzherzog Karl Franz Joseph, der einmal Kaiser von Österreich werden wird, eine Reise nach Gallizien unternommen, veröffentlichte der Professor an der Krakauer Universität, Dr. Augustin Wroblewski verschiedene Flugschriften, wegen derer er des Majestätsbeleidigung, der Beleidigung von Mitgliedern des Kaiserhauses, der Störung der öffentlichen Ruhe und mehrere ähnlicher Verbrechen angeklagt wurde. Dr. Wroblewski nennt sich einen theoretischen Anarchisten. Da in Österreich die durch die Presse begangenen Verbrechen vor die Geschworenen gehören, fand am Sonnabend vor dem Krakauer Schwurgericht die Verhandlung gegen den Professor statt. Die Geschworenen sprachen ihn frei. Ein mitangeklagter Konditorgehilfe wurde wegen verbotener Rückkehr — er ist Russe und aus Österreich ausgewiesen — zu 6 Wochen Arrest verurteilt; wegen der politischen Delikte wurde dieser Mitangeklagte ebenfalls freigesprochen. — Professor Wroblewski hat sich durch wissenschaftliche Forschungen und wissenschaftliche Arbeit, namentlich auf dem Gebiet der medizinischen Chemie einen Namen gemacht, und seine

Schiffen sind von der Krakauer Akademie und vom Österreichischen Unterrichtsministerium herausgegeben. Aus seiner Stellung ist er natürlich längst ausgewiesen.

### Aus Nah und Fern.

**In den Schornstein gestürzt.** Auf dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen stürzte ein mit Reparaturarbeiten beschäftigter Schlossergeselle 20 Meter tief in den Schornsteinenschaft hinab. Er wurde erst nach einiger Zeit schwer verletzt aufgefunden.

**Aus dem Lande der Zinker und Pfaffen.** In Königs- hütte (Oberschlesien) wurde am Montag eine von 1000 Ber- lonesen besuchte Freidenkerversammlung von den Klerikalen gestört und dann polizeilich aufgelöst. Die Ruhestörer war- fen nach einem Telegramm des „Berliner Tageblatts“ Stink- bomben und schütteten Salzsäure auf den Boden. Ein Brand wurde glücklich gelöscht, ohne daß eine Panik entstand.

**Eine mysteriöse Verhaftung.** Die Düsseldorf- er Polizei verhaftete einen Mann, der angeblich ein Diplomingenieur namens Scriabab Ghel aus Newyork sein will. Er war mit seiner Frau, der Bar-Dame Käthe Bräde aus Köln, in einem Düsseldorf-er Hotel abgestiegen. Als die letztere am Abend die Wohnung verlassen wollte, hielt ihr Ghel einen Revolver vor und versuchte, ihr Cy- nali einzuführen. Auf die Hilferufe des Mädchens drangen Schutleute in die Wohnung ein. In diesem Augenblick richtete der Fremde die Waffe gegen sich selbst, sie wurde ihm aber aus der Hand geschlagen. Man fand bei ihm noch eine Menge Cyankali. Über den Zweck seiner Reise nach Deutschland und über seine Person verweigert der Fremde jede Auskunft.

**Ein schwerer Einbruchsdiebstahl** wurde bei einem Metzgermeister in der Lachener Straße zu Köln verübt. Den Diebstahl fielen 10 000 Mk. bar, viele Brillanten und sonstige Schmuckgegenstände in die Hände. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**Hohe Gäste.** Die höchste Wonne für jeden braven Bür- ger ist es, wenn feierliche Veranstaltungen irgend welcher

Art durch den Besuch hoher Gäste verhöhet werden. Am höchsten im Kurse stehen natürlich lebhaftige Prinzen oder Herzöge. Wochenlang noch feiert auf den diversen Kaffee- klatschen die patriotische Begeisterung wahre Orgien, wenn die Frau Apotheker oder die gnädige Frau Kanzleirätin mit schmachtemden Augenaufschlag erzählt, wie ein Blick aus dem strahlenden Auge des Prinzen — Prinzen haben immer strahlende Augen — sie getroffen habe. Bedauerlicher- weise ist es aber trotz reichlichen Nachwuchses nicht möglich, alle Feste unserer braven Landesfinder mit Blaublütigen erster Klasse zu bescheiden, so daß die fernab dem Verkehr gelegenen Ortschaften sich mit we- niger hohen Gästen behelfen müssen. Aber hohe Gäste sind trotzdem eine Vorbedingung des würdigen Ver- lautes feierlicher Veranstaltungen. Und hat man keine, dann macht man eben welche. So schreibt der „Oberpfälz. Kurier“ in einem begeisterten Artikel über ein Fest des Gebirgs- trachtvereins „Almenrausch“ in Weiden (Oberpfalz):

„Eine große Ehre wurde dem Verein zuteil durch die Anwesenheit des Oberhauptes der Stadt mit hoher Gemahlin sowie einiger Herren Magistrats- räte. Leider mußten sich die hohen Gäste durch den un- günstigen Besuch mit einem nicht gut passenden Platz be- gnügen, nachdem der Verein auf solch hohen Besuch nicht vorbereitet war.“

Hoffentlich hat die Frau Bürgermeister — Oberhauptin von etwa 10 000 Seelen — ob ihres schlechten Platzes nicht durch ein ungnädiges Stirnrunzeln einen Mißton in die Ge- sellschaft gebracht. Das wäre programwidrig, denn hohe Gäste lächeln stets leutselig!

**Eine schwere Meuterei** brach im Gefängnis zu Koch- efort aus. Die Meuterei töteten den Oberwächter durch Revolverschläge und durchschnitten seiner Frau mit einem Rasiermesser die Kehle. Ein Offizier wurde schwer, ein Matrose tödlich verwundet. Die Gefangenen haben sich verbarrikadiert. Behörden und Truppen haben sich an die Stätte des Verbrechens begeben.

**Ein Erdstöß** wurde Dienstag in Mexiko verspürt. In- folge desselben stürzte eine Mauer um, die 15 Personen unter sich begrub. Sie sind sämtlich tot.

Bei einem Feuer in der Kaufhalle zu Kodaon (Ruß- land) kamen mehrere Personen zum.

Ein Eisenbahnzusammenstoß an der Grenze von Bir- ginia und North-Carolina in Amerika kostete einer Anzahl Personen — deren Zahl noch nicht festliegt — das Leben.

**Verhaftung eines Deutschen wegen Spionageverdacht.** In der Höhe der Fortifikationen an der österreichischen Grenze bei Misurina wurde ein Deutscher namens Friedrich Bachroner aus Pelling in Oberbayern, angeblich ein Hochschulprofessor, unter Spionageverdacht verhaftet. Bachroner, bei dem man Landkarten der Umgegend, stenographische Aufzeichnungen und einen Revolver vorfand, wird trotz des Einspruchs der deutschen Be- hörden im Gefängnis in Belluno festgehalten.

**Der „verunglückte“ Robert Blum.** Am Sonntag fand in Wien auf dem allgemeinen Währinger Friedhofe an der Stelle, wo Robert Blum nach seiner Durchsicht am 9. No- vember 1848 beerdigt wurde, die feierliche Enthüllung eines von der „Robert-Blum-Vereinigung“ gestifteten Gra- b- males statt. Es besteht aus einem schlichten Felsblock, in den eine weiße Marmorplatte mit folgender Aufschrift einge- setzt ist:

Robert Blum,  
verunglückt am 9. November 1848  
und hier beerdigt.

Man weiß nicht, liegt hier eine unwürdige Gedenk- steinsetzung vor, die im Märtyrertod des Achtundvierzigers eine beschämende Latsche sieht, oder ist es bloß das empfin- dsame Wiener Herz, das hier auf „höheren“ Befehl des Dis- kreten zu viel tut?

**Folgen des Balkankrieges.** Dem Wiener Fremdenblatt wird aus Bukarest gemeldet, daß die Getreidekommissionäre und Keder im Hafen von Braila, Gebrüder Komius, nach Hinterlassung von Schulden in der Höhe von 2 1/2 Millionen geflüchtet sind. Der Zusammenbruch dieser Firma hänge mit den Folgen des Balkankrieges zusammen. Am meisten werden rumänische Banken geschädigt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Durch die glückliche Geburt eines  
gesunden Sonntagsgungen wurden  
hoch erfreut

Schwartzau, d. 17. November 1912.  
Wihl. Wiencke und Frau  
Betty, geb. Muß.  
5095)

Für die zahlreichen Glückwünsche  
und Geschenke zu unserer Silbernen  
Hochzeit danken herzlich  
Carl Block und Frau,  
geb. Junker.  
5108)

**Ein möbl. Zimmer**  
zu vermieten.  
5104) Marlesgrube 21, III.

**Ein freundl. möbl. Zimmer**  
billig zu vermieten.  
5092) Chafotstraße 23, II. I.

Zum 1. Dezember eine fl. Woh-  
nung an Leute ohne Kinder zu verm.  
Preis 140 Mk. Näh. Mühlenstr. 13.  
Zu bes. Donnerst. v. 9 Uhr an. (5091)  
Sofort od. später eine fl. freundl.  
Zwei-Zimmer-Wohnung mit allem  
Zubehör zu verm. Preis 170 Mk.  
5093) Näheres Schönhauser 9.

**Akquisitor-Branche.**  
Suche für Lübeck und Umge-  
gend nachweislich tüchtigen  
Akquisitor  
für alle Branchen, gegen volle  
General-Agentur und Erwerb-  
provision sowie Fixum.  
5107) G. Lehmann.

**Zugelassen ein langhaariger**  
weißgelber Hund.  
5109) Abzuholen Lindenstraße 1a.

Als Schneiderinnen  
empfehlen sich Frau Restorf und  
Frl. Bernitt.  
5094) Segebergstraße 22, II.

**Eutin u. Umgegend.**  
Große öffentliche

**Volksversammlung**  
am Freitag, d. 22. November  
abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn P. Schröder.  
Tages-Ordnung:

1. Die morgen stattfindende  
Gemeinderatswahl.

2. Krieg dem Siege.  
Referent: Reichstagskandidat  
u. Bürgerhaushaltsmitglied J. Sieling,  
Lübeck.

Zu dieser hochwichtigen Versam-  
lung sind alle Frauen und Männer  
von Eutin und Umgegend höf-  
lich eingeladen.  
5095) Dr. Eibersick. Der Vorstand.

Der

**Neue-Welt-Kalender**  
für 1913

ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem  
unserer Leser sehr zu empfehlen.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Bettfedern**



Bettfedern u. Daunen  
Inletts Bettwäsche  
**Gebr. Hefti**  
Lübeck  
Untertrave 11/12  
bei der Holstenstr. 4474

**Achtung Schützen!**

**St.-Lorenz-Halle**  
Moislinger Allee 21.

Berühmten u. Auspielen  
von fetten Gänzen, Karpfen  
und Raubfleisch  
am Sonntag, dem 24. November.  
Anfang 11 Uhr vormittags.  
Eintrag 50 Pfg.  
Dazu ladet freundlich ein (5099)  
Fr. Brockstedt.

**Achtung!**

**Sozialdemokratischer Verein**  
Schwartzau-Rensefeld.

Die regelmäßige Mit-  
glieder-Versammlung findet  
wegen der Gemeinderats-  
wählerversammlung in Rense-  
feld am Freitag, dem 29.  
November, statt.

5100) Der Vorstand.

Man abonniert jederzeit auf das  
schönste und billigste  
Familien-Witzblatt



**Meggendorfer-Blätter**  
München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und  
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-  
nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München  
sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,  
Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-  
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter  
zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

**Bienenfleiß** 5106

rein deutsche Honig-Arten und  
Raffinade, ohne die minderwertigen  
Zusätze gewöhnlicher Surrogate.

**Staats- und Gemeindearbeiter-Verband.**

Einladung zum

**BALL**

am Sonnabend, d. 23. November 1912,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.

Preis der Karte 30 Pfennig.  
5015) Das Komitee.

I. O. G. T.

**Öffentlicher Lichtbildervortrag**  
am Freitag, dem 22. November, abends 8 1/2 Uhr  
im Bürgerverein.

Thema  
Für und wider den Alkohol.  
Redner: Herr Schwanberg aus Hamburg.

Eintritt frei. 5096) Eintritt frei.

**Seefahrer-Krankenkasse, e. H. Nr. 16.**  
**Außerordentliche General-Versammlung**

am Sonntag, dem 24. November, nachm. 4 Uhr, im Hause des Herrn  
J. Jürß, Engelstraße 59. L.O.: Statutenberatung betr. Erhöhung  
der Beiträge. (5094) Der Vorstand.

**Arbeiter-Abstinenzbund**  
**Versammlung**

am Freitag, dem 22. November  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

5102) Der Vorstand.

**Kalnbergs Variété.**

Donnerstag 8 Uhr:  
Große Vorstellung.

Freitag; (5108)  
Extra-Elite-Abend  
verbunden mit

**Marine-Konzert!**  
16 Musiker in Uniform.

Alle Künstler  
mit extra gewählt. Repertoire  
Neu! Neu!

**Soubretten-Parade!**

Dazu:  
**Konstantinopel**  
— vor dem Fall —  
oder

Ein wackeliger Harem  
Gesangs-Burleske v. Kalnberg  
Entree 20 Pf. Sperrzeit 40 Pf.  
Beginn 8 Uhr

**Hansa-Theater.**

Abends 8 1/4 Uhr:  
Gastspiel des  
Fritz-Steidl-Ensembles

**Bravo Dacapo**

Die große Ausstattungsrevue.

1. Bild: Bahnhof Friedrichstraße.  
2. Bild: Vor der Passage.  
3. Bild: Ein Sportfest.  
4. Bild: Auf dem Witwenball.  
5. Bild: Im Friedrichshain.  
6. Bild: Beim Rosenkavaliere.

Große glänzende Balletts-  
30 Damen. (5105)

Sonntag nachmittag 4 Uhr:  
Große Volks- und  
Fremden-Vorstellung  
zu kleinen Preisen.

**Neues Stadttheater.**

Freitag, den 22. November:  
57. Vorf. i. Volk-Ab. 10. V. i. Freit-Ab.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
Abhiedsgastspiel Signorina Prevosti  
als Violetta in  
La Traviata  
von G. Verdi.  
Erhöhte Preise.

Sonnabend, den 23. November:  
58. Vorf. i. Volk-Ab. Aug. Sonnab-Ab.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.  
Autolichen.

Burleske Operette von Jean Gilbert.  
Mittelpreise. (5097)